INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts 2,50 DM





Nr. 140

28. März 1991

Vorwort

Die Zeitung wird von mal zu mal dünner. Das erleichtert zwar nicht die Diskussionen, aber uns die Entscheidung darüber, ob Texte in den Ordner wandern. Die Diskussion um den 1.Mai zumindest, scheint langsam in Gang zu kommen. Vermisst haben wir Papiere zur Situation in der ehemaligen DDR und in Kurdistan. Kurdische Peschmergas haben z.Z. den kurdischen Teil Iraks unter ihrer Kontrolle. Sie sind dabei auf unsere aktive Solidarität angewiesen, aber auch auf Geldspenden zur Versorgung der Bevölkerung. (s. Spendenaufruf im Heft)
Das Interview mit dem ehemaligen Gefangenen der GRAPO finden wir in seiner politischen Aussagekraft dürftig. Es fehlt jeglicher Bezug zu den sozialen Auseinandersetzungen in Spanien und der Versuch einer Klärung, warum dieser Hungerstreik so wenig Unterstützung fand. Das Interview bewgt sich unserer Meinung nach auf einer allzu subjektiven Sicht des Knastkampfes, ohne Bezug auf die gesellschaftliche Realität in Spanien und Europa.

Noch einmal: Schickt uns bitte keine 1 1/2-zeilig getippten Papiere.

In Schleswig-Holstein ist die 2te Ausgabe des Regionalinfos "Land Unter" erschienen. Kontaktadresse dafür und für die Extraausgabe zum Golf: Land Unter c/o Zapata Buchladen, Jungfernstieg 27, 2300 Kiel.

Außerdem gibt es die neue "Radikal":

Inhalt:

Ordner:

Kongressvorbereitung des Bundesarbeitskreises kritischer Juragruppen

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wir haben eine dicke Haut und ein gutes Gedächtnis!
...und sind verdammt schwer wegzukriegen!



Zur aktuellen Situation

Seit fast 3 Monaten sind wir jetzt ohne Mietvertrag in der Eisenbahnstraße 4.
Die Unsicherheit, wie lange geht das noch, fliegen wir raus oder schaffen wir es, kommen wir im Zweifelsfall auch woanders unter...?
- ist stressig, wie ihr euch vorstellen könnt.
Zum anderen gibt es 'ne Menge guter Momente.
In der Etage ist teilweise die Hölle los (auch weil die Produktion der "Gegen den Krieg" hierher verlegt wurde), mehr Leute als früher benutzen das Bildarchiv. Die Zustimmung, daß wir den Konflikt mit unserem Vermieter angefangen haben, ist vielfältig bis hin zur handfester Unterstützung.
Unser Vermieter, Dr. Bollack, ist mittlerweile stadtbekannt. In etlichen Flugblättern, Plakaten, Zeitungsartikeln von Interim bis zum Spiegel, Abendschau... wurde über den Konflikt berichtet. UnterstützerInnen waren öfters bei ihm in der Praxis in Tegel und informierten die PatientInnen. Es wurde gesprüht und Plakate in der Umgebung geklebt: "Was macht ein Arzt in Tegel mit einem Haus in Kreuzberg?" - "Der Herr Doktor ist ein Spekulant".
UnterstützerInnen verschickten an alle OrthopädInnen in der Stadt einen offenen Brief mit der Aufforderung, sich einzumischen und starteten eine Postkartenaktion. Eine Kundgebung vor der Praxis wurde angesetzt, dann jedoch wegen des Golfkrieges abgeblasen. Der Doktor hat das nicht mitgekriegt und so gab's den ganzen Tag Halteverbotsschilder in seiner Straße.

Die Ordnungshüter waren massiv aufgefahren und informierten die verblüfften PassantInnen, daß das wegen dem Bollack ist... Andere bestellten ihm die taz in seinem Namen und auch sein Auto mußte neu lackiert werden.
Der Stadtteilausschuß verurteilte sein Vorgehen und lud ihn zum Gespräch,doch Herr Bollack ist zum Verhandeln nicht bereit...

Am 10. April '91 ist der Gerichtstermin wegen der Räumungsklage. Rechtlich haben wir wenig Chancen. Wie dieser Konflikt weitergeht, hängt deshalb stark von Eurer Unterstützung ab. Wir geben nicht auf.
In jedem Fall war der Preis für unseren Herrn Doktor schon jetzt hoch; er wird es sich das nächste Mal zweimal überlegen, ob er sich ein Haus in Kreuzberg zulegt.
Wir hoffen, daß ihr im Räumungsfalle da seid und daß mehr Leute den"privaten" Ärger mit ihrem Vermieter in einem öffentlichen Konflikt zuspitzen.
Für alle, die unserem Vermieter schreiben oder ihn anrufen wollen:
Dr. Heinrich Bollack, Praxis: Veitstraße 42, 1/27, Telefon: 433 50 51;
privat: Bayerische Straße 5, 1/15, Telefon: 881 92 02

Unterstützt die Projekte in der Eisenbahn 4!

Bevor es zu spät ist...

Was tun,
wenn Deine Nachbarn,
wenn der Zeitungsladen um die Ecke,
wenn der Kinderladen im Erdgeschoß...
rausfliegen sollen oder
zwangsgeräumt werden?



...Telefonkette

Hauptstadtkoller, Olympiawahn, Stadtrandbezirke werden Citybereich und von daher für Spekulanten aus allen Ländern attraktiv; Wohnungs- und Gewerbemieten explodieren - solvente MieterInnen will das Land!
Wir wollen uns nicht vertreiben lassen - weder durch hohe Mieten, noch durch irgendwelche mehrspurigen Straßen, noch durch das Etablieren einer wohlhabenden Mittelschicht.

Das bedeutet, wir haben einen langwierigen Prozeß vor uns, wenn wir uns diesem Citywahn entgegenstellen und uns wehren. Es gibt eine Menge sogenannter Einzelschicksale, die schon jetzt von Kündigung bedroht sind, die schon jetzt auf Grund der Miethöhe andere Schulden nicht bezahlen können und ständig den Gerichtsvollzieher an den Hacken haben. Es wird uns nicht gelingen, bei allen Einzelbetroffenen eine Mobilisierung von Widerstand zu erreichen. Doch ob du überhaupt einen Konflikt mit deinem Vermieter eingehst oder lieber gleich die Koffer packst, hängt mit davon ab, ob es auch positive Beispiele von Gegenwehr gibt. An einzelnen Beispielen versuchen wir deshalb uns exemplarisch durchzusetzen. Dazu gab es u.a. die Idee, genauso wie bei Räumungen von besetzten Häusern, eine ***Telefonkette für Zwangsräumungen*** aufzubauen. Zwangsräumungen sind bisher leider ein ziemliches Tabuthema. Selbst WG's behandeln dies als Individualproblem, das schicksalshaft über sie hereinbricht. Eine wichtige Grundvoraussetzung, um eine Telefonkette auszulösen, ist natürlich, daß die Betroffenen wollen, daß viele Leute dabei sind, wenn der Gerichtsvollzieher mit Bullen und Umzugsfirmen vor der Türe steht.

Bei Räumungen von besetzten Häusern können wir hier in (West) Berlin auf eine 11jährige Geschichte zurückblicken. Zwar ist dies eine traurige Tatsache,

doch gab es viele Diskussionen über Verhaltensweisen und -wünsche bei Räumungen. Viele dieser Selbstverständlichkeiten gibt es da nicht mehr - wie bei der letzten Räumung in der Lübbener Straße zu sehen war.

Bei "normalen" Mietwohnungen oder Gewerberäumen ist das Ganze viel "privater" und vielschichtiger. Viele lassen es natürlich erst gar nicht zu einer Zwangsräumung kommen, sondern gehen freiwillig, still und leise und wohnen dann oft bei Freunden - beengt in einer Zwei-Zimmer-Wohnung - oder geben ihr Projekt/Gewerbe ganz auf.

Wir - das ist die Initiative "Wir bleiben in SO 36" - wollen versuchen, ein politisches Klima hier im Kiez zu schaffen, in dem sich das KiezbewohnerInnen und Gewerbe/Projekte vorstellen können, ihren sogenannten "Privatkrieg" mit dem Hausbesitzer öffentlich und mit vielen gemeinsam auszufechten.

Da dieser politische Prozeß nicht von heute auf morgen entsteht, solch eine Verteidigungsstruktur mit einer Telefonkette ebenfalls nicht, fangen wir mit beidem gleichzeitig an.

Bei der Telefonkette ist es ja nicht damit getan, einfach seine Telefonnummer abzugeben, und damit hat es sich. Wir müssen uns gemeinsam überlegen, was für Handlungen/Aktivitäten bei Zwangsräumungen angesagt sind. Dies sieht bei der Räumung einer ausländischen Familie, vor allem nach dem neuen "Ausländergesetz" wahrscheinlich anders aus, als bei einer politischen Wohngemeinschaft oder einem Projekt.

Diskutiert mit euren Freunden, Projekten, Zusammenhängen, ob dies überhaupt ein Thema für Euch ist, bei dem ihr aktiv eingreifen wollt und wie.

Um mit mehreren darüber reden zu können, treffen wir uns ab dem 8. April an jedem 1. Montag im Monat im Kuckucksei um 20.00 Uhr Wrangelstraße 79, 1/36.



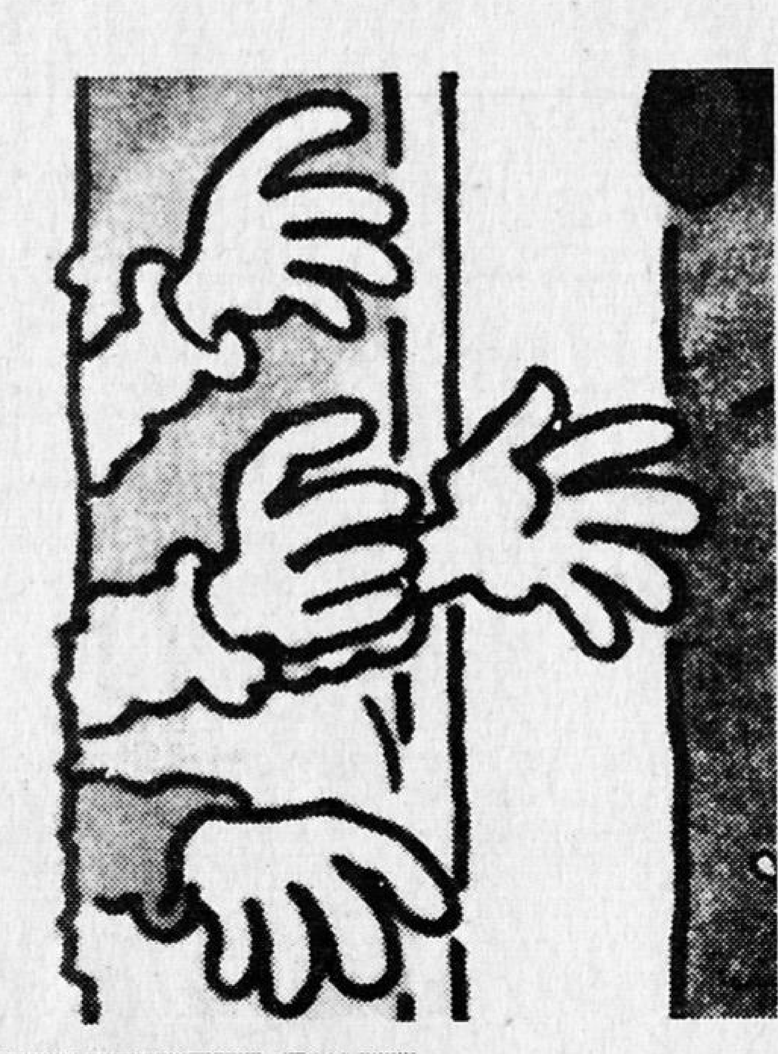


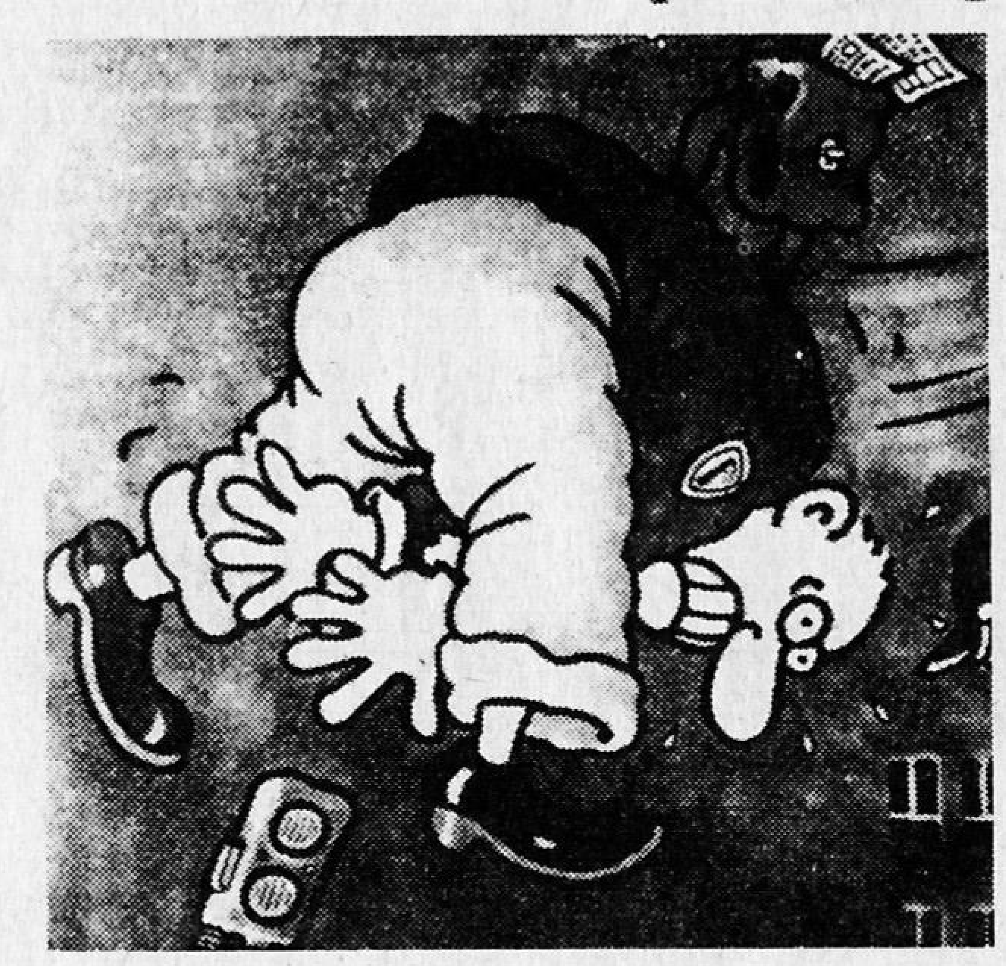
Ob in Kreuzberg, Friedrichshain oder anderswo

Wir bleiben!

UnterstützerInnengruppe: "Wir bleiben in SO 36"

Infotelefon: Neue Nummer! Tel. 612 59 06 Mo - Fr 16⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr

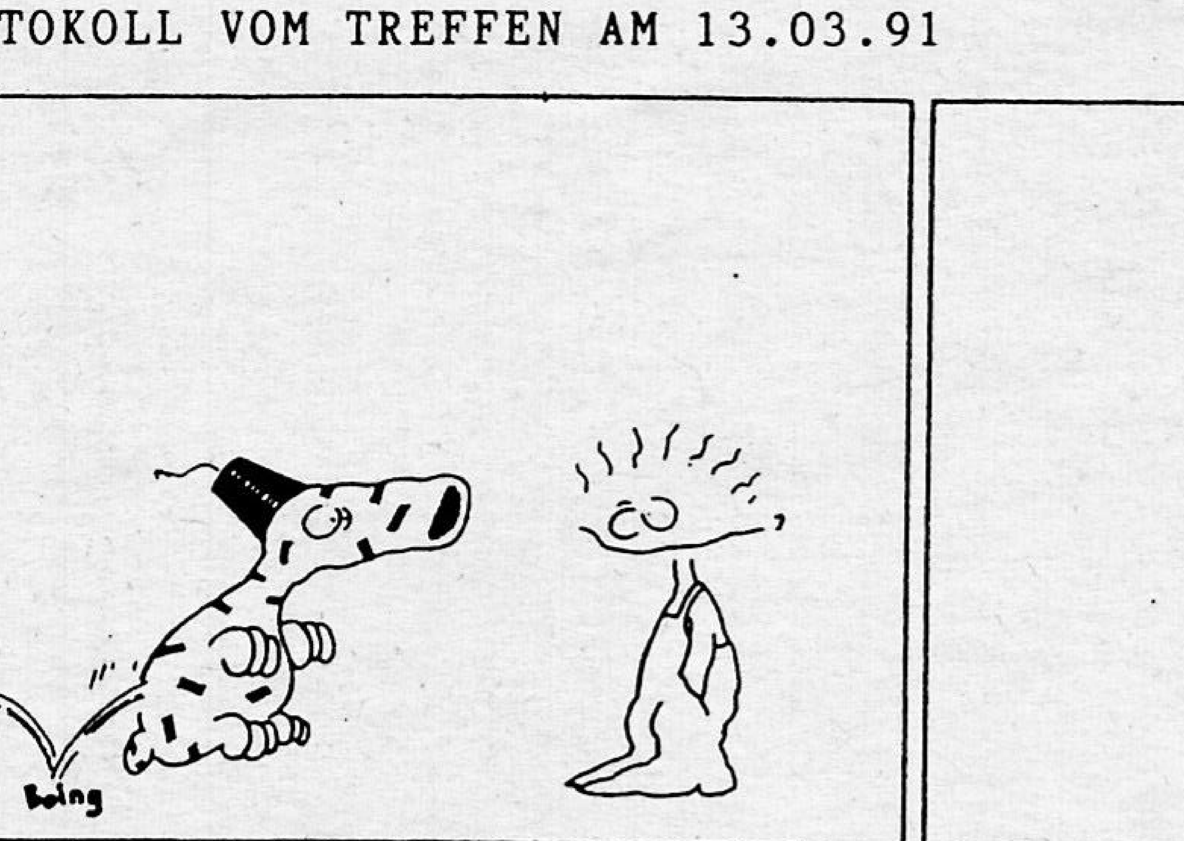


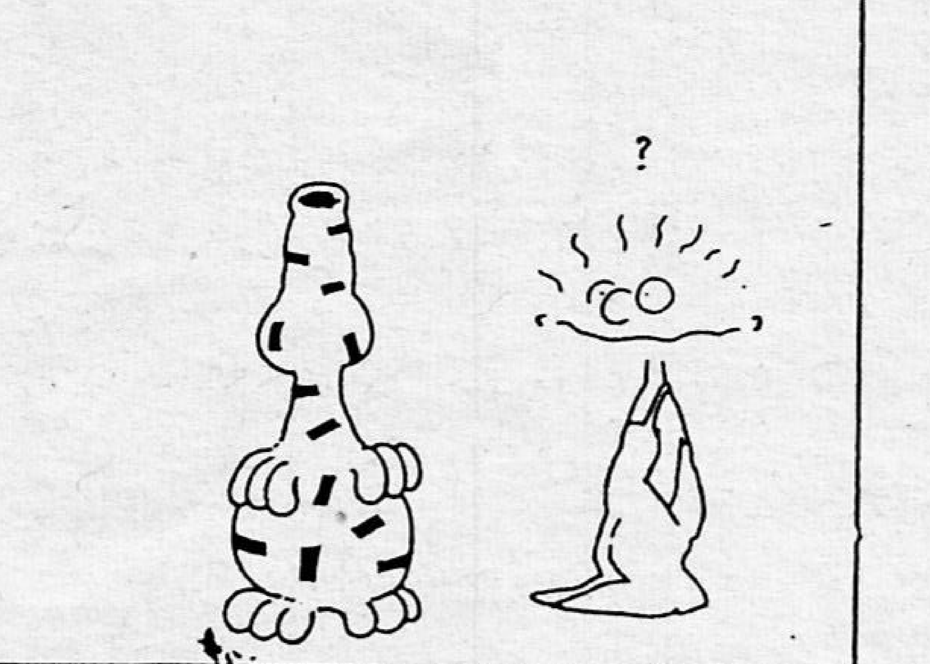




PROTOKOLL VOM TREFFEN AM 13.03.91

1. MAI





Als erstes wurde von einem Typen die Frage in die Versammlung geworfen, warum so wenig Frauen und ImmigrantInnen und Flüchtlinge anwesend waren.(Es waren ca 40 Menschen anwesend, davon waren ca. 30 weiße Männer) Darauf wurden verschiedene Antworten gegeben:

- Die Frauen und Lesben bereiten sich eigenständig vor
- Als Gegenfrage: Ist der 1.Mai eine Veranstaltung von und für weiße Männer?
- Dies ist weniger ein formales Problem, sondern liegt an der fehlenden inhaltlichen Diskussion
- Als Frage an die Einladenden:Welche Gruppen sind überhaupt eingeladen worden; wie zufällig ist/war die 'Auswahl'? Soll eine offene Mobilisierung stattfinden?
- Bzgl. der ausländischen Organisationen ist eine der Antworten, daß diese kaum Interesse haben, etwas mit 'uns' am 1.Mai anzufangen, sondern eher zur DGB-Demo mobilisieren. Dagegen sind die Jugendlichen, die hauptsächlich bei uns auf der Demo sind, wenig bis garnicht organisiert - jedenfalls nicht so wie 'wir' - und sind daher auch nicht eingeladen worden; ganz abgesehen davon, daß sowieso wenig Kontakt besteht.

So etwas wie ein Konsens bestand dann in der Feststellung, daß dieses Problem eh nicht auf den Treffen zu lösen ist, d.h., daß eine größere Diskussion nötig ist, in der die 'Berührungsängste' abgebaut wrden.

Ebenso wichtig ist das Kennenlernen, die alltägliche Zusammenarbeit, Da Veränderungen meist im gemeinsamen Kampf stattfinden.

Wiedereinmal stellte sich heraus, wie unterschiedlich die Vorbereitung ist, bzw. 'wir' sind (ImmigrantInnen, Frauen/Lesben, Westdeutsche, Ostdeutsche). Daher ist eine inhaltliche Diskussion wichtig, ausgehen von den unterschiedlichen Standpunkten.

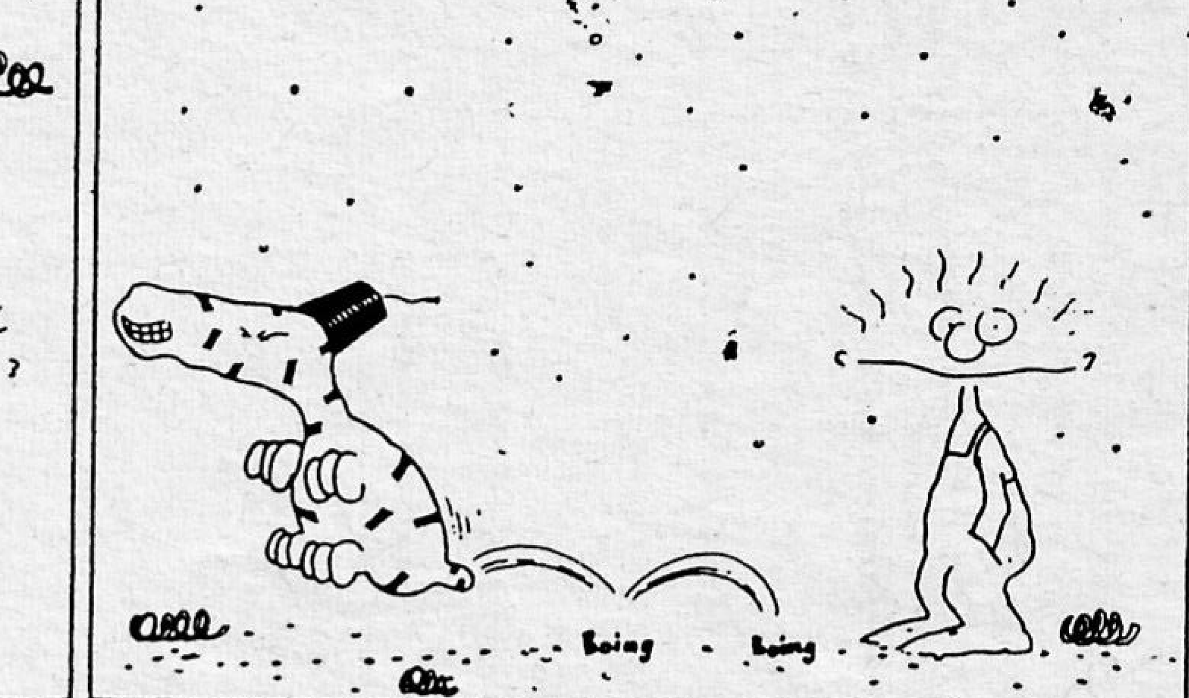
Der zweite große Diskussionsblock drehte sich hauptsächlich um die Frage: Soll es eine oder zwei Demos geben?

R.I.P. = REST IN PEACE = RUHE IN FRIEDEN

Es wurde der Vorwurf erhoben, daß die West-Autonomen es nicht schaffen, sich mit der Entwicklung in der DDR(R.I.P.) bzw. der Ost-Linken auseinanderzusetzen.

Die ImmigrantInnen nehemn darin einen anderen Standpunkt ein, da es für sie eventl. besser gewesen wäre, wenn die Mauer geblieben wäre, sie fühlen sich jetzt in einer Verteidigungsposition, da sich Angriffe (rassistische und nationalistische) immer zuerst gegen die ImmigrantInnen und Flüchtlinge richten.

Es wurde festgestellt, daß unterschiedliche Menschen immer unterschiedliche Erfahrungen haben und daher auch unterschiedliche Standpunkte. Das Besondere an [redacted] den autonomen 1.Mai-Demos war bisher, daß [redacted] es geschafft [redacted] würde, diese verschiedenen Realitäten zusammenzubringen. Dies sollte also auch diesesmal so sein. Dabei müssen die verschiedenen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse miteinbezogen werden.



Die Vorbereitung soll ein Anfang sein/ oder eine Fortführung der Zusammenarbeit zwischen West und Ost/ den verschiedenen Gruppen. Dies soll sich auch in der Demo niederschlagen.

Dann schwebten wieder verschiedene Ideen zu Themenschwerpunkten der Demo im Raum herum: Antiimperialismus ('neue Ordnung','Wiedervereinigung'); imperialistischer Staat BRD, Situation in der DDR(R.I.P.).

Es wurde der Vorschlag gemacht, schriftliche Diskussionsvorlagen zu ertsellen, um die inhaltliche Diskussion zu vereinfachen (Soll auch passieren)

Es folgte ein längeres Plädoyer für eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Diskussion im Alltag, wobei die Demo-Vorbereitung als Möglichkeit der Kontaktaufnahme genutzt werden könne - wobei die deutsche Linke/[redacted] ihren Metropolenchauvinismus ablegen müßten, der sich bei den Aktionen gegen den Golfkrieg gezeigt hätte.

Es entspannte sich eine Diskussion um die Route der Demo:

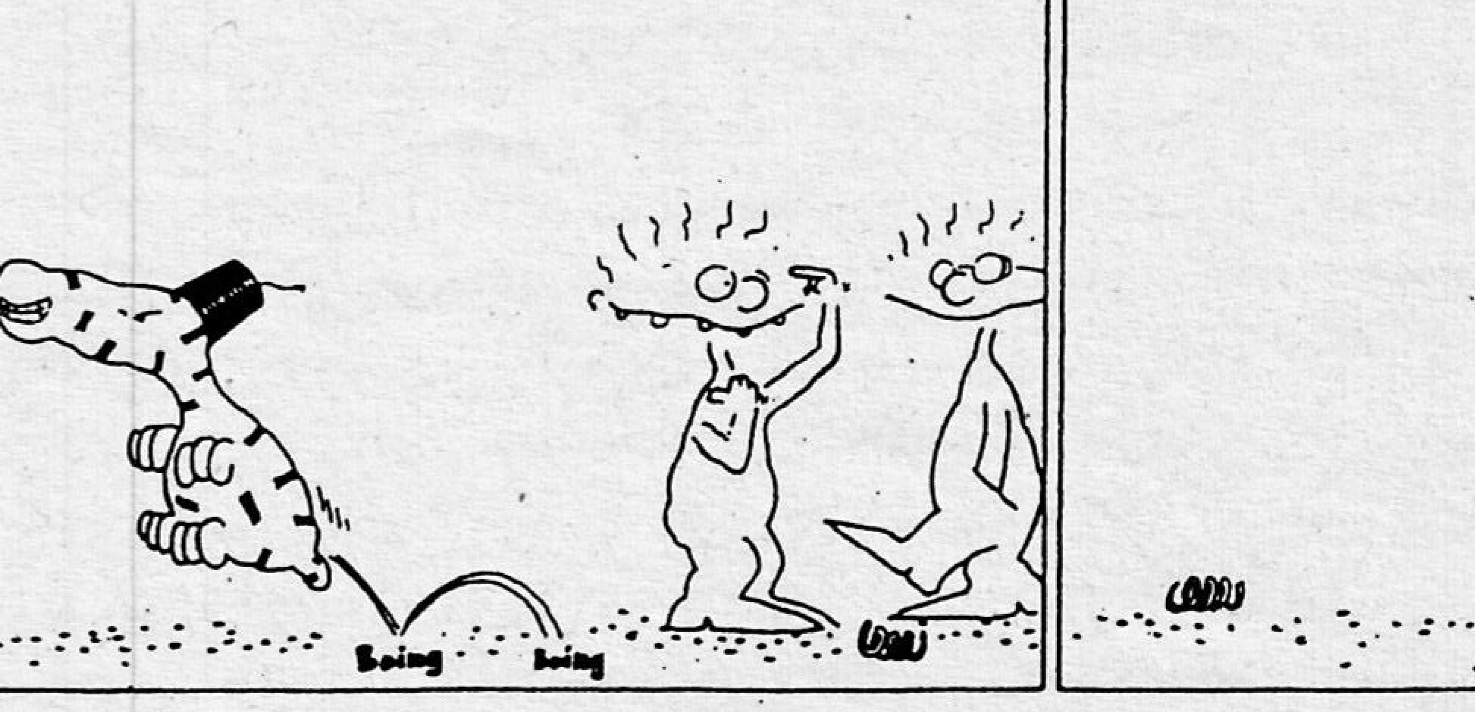
Bisher war die Idee, da auf die Straße zu gehen, wo 'wir' (hauptsächlich) wohnen - dies würde jetzt auf jeden Fall heißen, die

Route durch Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Friedrichshain zu legen. Diese Idee könnte natürlich auch geändert werden und die Demo könnte an Herrschaftssymbolen vorbeigehen.
Warum könnten es überhaupt zweiDemos sein? Darum:
- Feststellung der eigenen Stärke der Ost-Linken
'Testballon' (Wie reagiert die'Bevölkerung' auf eine autonome 1.Mai-Demo
-Bezug zum eigenen Kiez im Osten
- Ausdruck der gespaltenen Situation in der Stadt, sowohl der Linken/Autonomen - als auch der unterschiedlichen sozialen Situation/ der unterschiedlichen Probleme
- Resultatаus der unterschiedlichen Geschichte der Linken in Ost und West und auch des 1.Mai (in der DDR Staatsfeiertag - bei der West-Linken (d.h. bei uns) vier Jahre eine eigene Tradition)
- die eigene Demo im Osten könnte also gegen ein Vereinnahmung durch die'Wessis' gerichtet sein

Von ImmigrantInnen-Seite wurde für eine Demo-Route in Kreuzberg das Argument angeführt, daß es für sie keinen Bezug zu Ost-Berlin oder zu der Ost-Linken gäbe - außer daß sie in den Betrieben (als Beispiel) die Ostdeutschen als'Faschos' erfahren würden. Außerdem steht für sie der Bezug zu Kreuzberg und seinen BewohnerInnen insbesondere zu den nicht-deutschen Jugendlichen am 1.Mai ziemlich im Vordergrund.(Dies war zumindest eine geäußerte Position)

Für eine gemeinsame Demo wurde zusätzlich ins Feld geführt:
- Testballons lassen sich das ganze Jahr über starten - warum ausgerechnet am 1.Mai?
- Eine eigene Demo im Osten ist eine prima Gelegenheit für die West-Autonomen, sich der Auseinandersetzung mit Ost-Autonomen zu entziehen, da sozusagen der Zwang, miteinander zu reden entfällt.



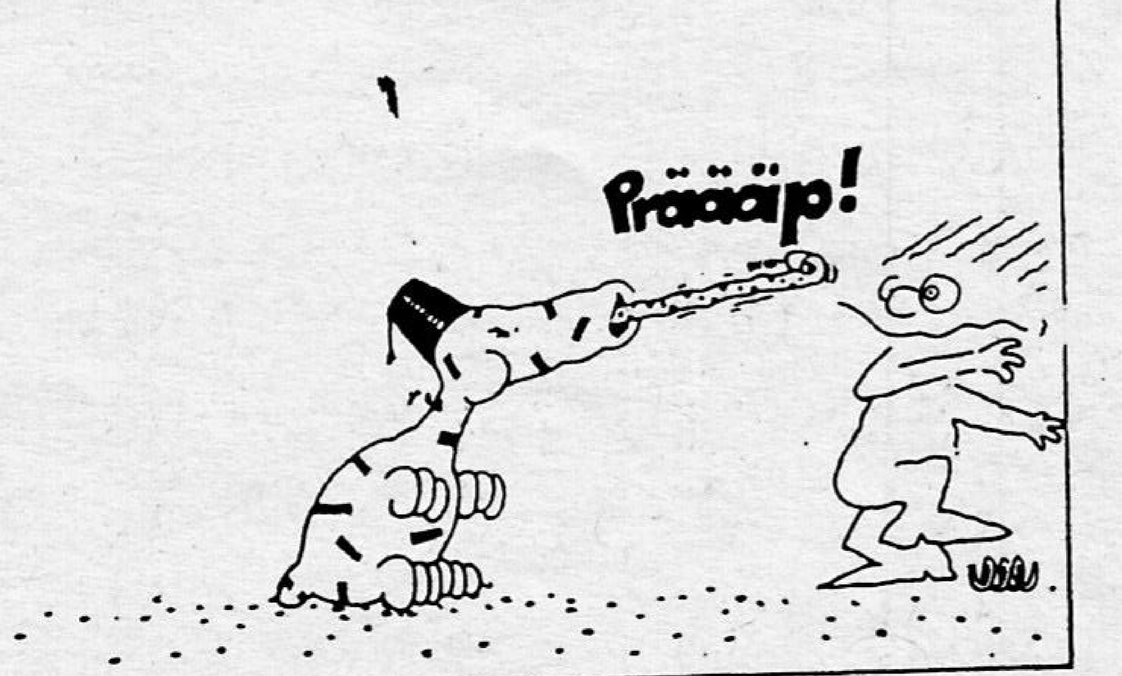


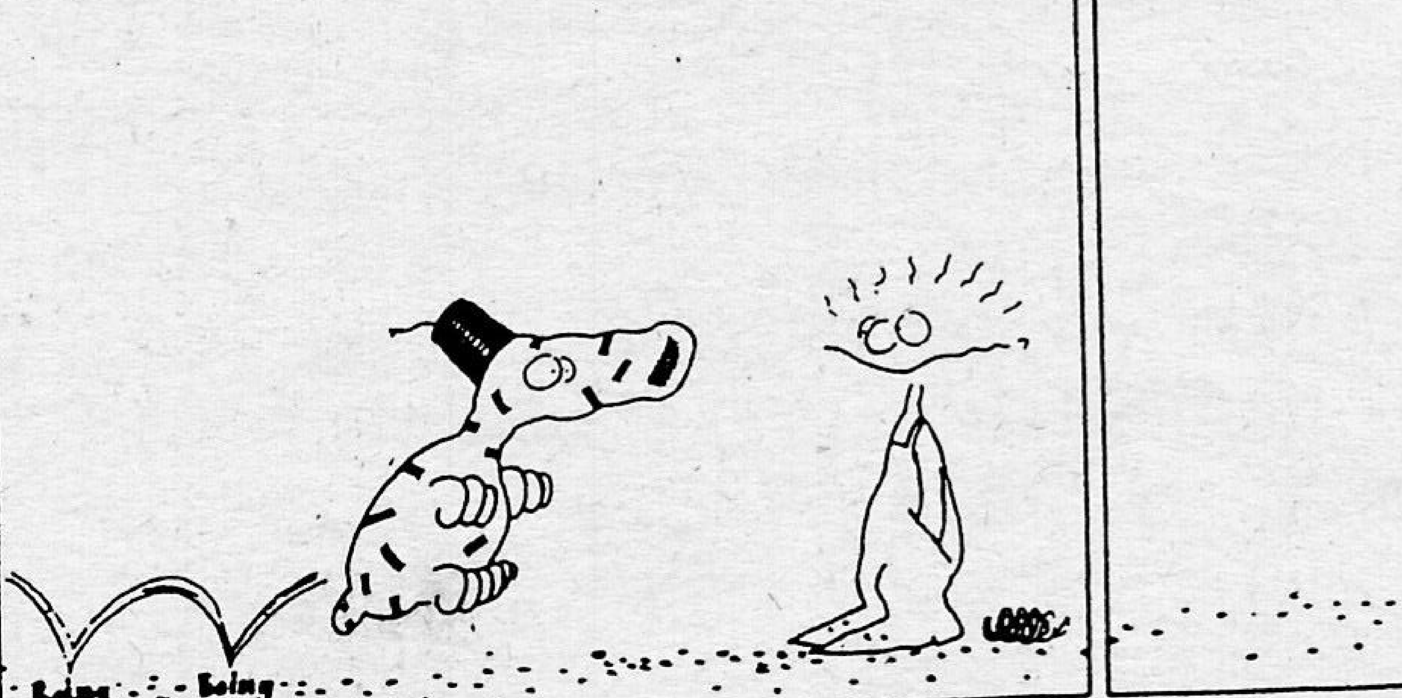
Es wurde überlegt, ob die Demo in Kreuzberg anfangen oder enden könnte, welche Stadtteile im Ostteil einbezogen werden könnten oder müßten. Als diese Diskussion eine leichte"Schräglage einnahm und in Verhandlungen abzugleiten drohte, wurde abgebrochen.

(Kleiner Einschub des Protokollführers: Mir ist die Unterschiedlichkeit tatsächlich ein Rätsel - in dem Sinn, daß ich die Ursprünge und die gegenseitige 'Vorbehalte' nur ansatzweise kenne; zur besseren Klärung wären einige Diskussionspapiere ganz toll.)
(Ein guter Vergleich soll den LeserInnen nicht vorenthalten werden: Wir als Westautonome sollten uns doch mal vorstellen, wie es uns ginge, wenn jemand aus der DDR(R.I.P.) zu uns käme und uns sagen würde: Ihr seid ja ziemliche VersagerInnen, ihr macht jedes Jahr eine große Demo und bringt nichts zustande, wir haben mit einer Demo gleich eine Regierung gestürzt, am besten laßt ihr das jetzt mal sein und schließt euch uns an.)

Es wurde der Vorschlag gebracht, daß diese Diskussion in die Gruppen und Stadtteile zurückverwiesen werden solle - dem wurde zugestimmt.

Zum Schluß noch einige Technix:
- Fessvorbereitung muß anfangen
dieses Jahr soll das Fets wieder von einer breiteren Gruppe vorbereitet wrden (breiter als letztes Jahr)
Wahrscheinlich wird es verschiedene Feste in den verschiedenen Stadtteiln geben
- Die ganze Organisation soll dieses Mal natuürlich ganz anders laufen als in den letzten Jahren.





DAS WARS - BISZUM NÄXTEN MAL!

Eiertanzgedanken zum "revolutionären 1. Mai"

Es gibt verschiedene Gründe, warum ich mich aus der diesjährigen 1.Maivorbereitung rausgezogen habe, obwohl ich eine der InitiatorInnen der Idee war.
Die erfahrung hatte mir gezeigt, daß viele von uns, die über die Jahre mitorganisiert haben, 6 Monate lang (in der Regel) fest eingebunden waren (mit Nachbereitung und andere, laufende kontinuierliche Politik darunter litt. Die Grundvoraussetzung für die Demo sollte eigentlich unsere eigene politische Praxis sein. Faktisch war diese"kontinuierliche" Politik aber jedes Jahr unterbrochen. Sowas läßt sich natürlich aufheben, wenn sich ganz viele, nicht nur verbal, doch dies war eine Illusion: die konkrete Arbeit blieb fast immer an wenigen hängen.
Inhaltlich hatte sich über die Jahre nicht viel nach vorne bewegt, im Gegenteil, auf der persönlichen Ebene wurdest du lediglich , zwangsläufig dickhäutiger, hattest deine Sachen im Kopf und wurdest fit im Organisieren von Demotechniken. Das heißt für mich, daß ich schon alleine aus persönlichen Gründen mich nicht am Organisieren hätte beteiligen können - ich hätte nur noch wie eine aufgezogene Uhr funktioniert mit dem Gefühl von Stillstand.
Was die politische Seite betrifft, haben wir als Linksradikale im Moment noch weniger als am 3.10. zu sagen. So substanzlos an politischer Praxis als Gesamthaufen waren wir schon lange nicht mehr. Es gibt zwar zaghafte Versuche, die neue Situation um uns wahrzunehmen, um damit auch umgehen zu können, doch dies scheint mir ein langwieriger Prozeß zu sein. Gefühlsmäßig wissen wir zwar, wogegen wir sind - ist auch gut so- aber um ne politische Kraft zu sein, reicht das nicht. Wir können auf fast nichts zurückgreifen, wollen aber dennoch - wie immer- einen organisatorischen Rahmen stellen, wohlwissend,daß wir das können.
Bei der Demo 88 war ein Schwerpunkt z.B. Stadtteilpolitik. Da konnten wir zumindest darauf zurückgreifen, daß wir Umstruktuierungen wahrnahmen, Besetzungen, Demos und z.B. auch die Kübelaktion dagegen setzten, Diskussionen und Auseinandersetzungen nicht nur in unserem engsten Klüngel geführt wurden. Wir ahnten mehr die Gefahr, die auf den Kiez zukommt, als daß die realen Auswirkungen spürbar waren. Widerstand im Alltag gab's zu der Zeit ebenfalls kaum. Im gegensatz zu heute standen allerdings mehr Schlupflöcher zur Verfügung.
Heute sind die Auswirkungen drastisch spürbar. Etliche WG's ziehennach Ausschöpfung der juristischen Schiene kampflos aus ihren gekündigten Fabriketagen aus. Es gibt zwar eine Initiative, die Widerstand dagegen organisieren will, es fehlt bloß bei vielen- v.a. bei "uns Linksradikalen"- der Wille, sich dem Existentiellen zu stellen, sich zu wehren. Dieser punkt wurde schon von vielen und schon lange kritisiert. Das ist nach wie vor ein Ansatzpunkt, gemeinsame Substanz wieder zu erlangen.

Bei uns in der Stadtteilgruppe gab es einige Auseinandersetzungen, die ich z.T. kurz skizzieren möchte:

- unsere Art zu demonstrieren hat etwas ritualhaftes an sich, mit starren altbekannten Formen der Durchführung wie auch der Vorbereitung.
  Wir wollten schon bei der letzten Maivorbereitnng unsere Demokultur infrage stellen, breit diskutieren , um dann vielleicht zu neuen Ufern zu gelANgen.
  Es gab einen kläglichen Anfang, der versickerte. Es ist natürlich die Frage, ob so eine radikale Infragestellung überhaupt möglich ist, wenn der Betrieb wie immer weiterläuft, wenn es immer wieder OrganisatorInnen gibt, die entsprechend funktionieren. Ich denke, um solch einen radikalen Bruch zu machen, ist der 1.Mai denkbar ungünstig. Wir hatten an dem Tag mit unserer revolutionären Idee die"Massen"nicht angeschoben, ihnen vielleicht einen Kick gegeben, das was sie ausdrücken wollen, auch in einer Demo tun.zu können. Mehr nicht, finde ich und das ist auch gut so. Es gab 88 genauso eine eigenständige Bereitschaft sich gegen das Herrschende zu stellen, wie es offensichtlich 87 der fall war. Wenn wir unsere Demokultur an dem Punkt anfangen zu hinterfragen und ein Bruch vollziehen, geht's mir gefühlsmäßig so, daß wir lieber woanders anfangen sollten, zu rütteln.

- es hatte sich über die Jahre hinweg ein "Gremium" herausgebildet, das sich für's Großdemo organisieren herausgebildet hat und sich zuständig fühlte und dem diese Funktion von außen auch gerne delegiert wurde. Das führte dazu, daß wir z.B. (ein teil der Gruppe) die 3. 10. Demo als organisierte Hülse empfanden, auch wenn es unsere einzigste, gemeinsame Ausdrucksform gegen diese Wiedervereinigungskacke war. Gefühlsmäßig, als Ausdruck des Aufbäumens, war sie wohl wichtig, aber mehr Bedeutung würde ich dem nicht geben (vergleichbar mit der 1.Maidemo in diesem Jahr). jedenfalls war für uns der 3.10. ein exemplarisches Beispiel für was Phantasloses, EIngefahrenes, gelerntes.
- Wir dachten eigentlich,(1988), daß es möglich wäre, über den rev. 1. Mai innerhalb der Linksradikalen einen etwas verbindlicheren Rahmen schaffen zu können, der den Tag überdauert . Dies hat sich so nie realisiert. Das bedeutet für mich auch, daß ich diesen Anspruch am rev. 1.Mai streiche. Ein Moment mehr, warum meine Hoffnung, mein Interesse gesunken ist.

Das Fazit für mich:
Ich hänge am 1.Mai als eine wichtige, gebündelte Ausdrucksform von Widerstand. Ich bin jedoch über unsere Rolle darin als OrganisatorInnen nicht zufrieden, v.a. wenn wir selbst so wenig an politischer Substanz haben. es ist wieder mal zu spät, über unsere Rolle gemeinsam, produktiv und ohne Zeitdruck nachzudenken. 13 Uhr O-Platz ist wohl Fakt, die Mobilisierung ist noch offen. Ich fände es angebrachter, uns über die Wochen vorher mehr den Kopf zu machen, wo wir durch kleinere praktische Aktionen und/oder Diskussionen mit Phantasie präsent sind, als daß sich einige wieder durch die Organisatorix für die Demo und das Fest binden und auslaugen lassen. Für was haben wir das den technisch mittlerweile gelernt? Doch dafür, daß es mit wenigen vielleicht auch geht!

Noch mehr Gedanken zum 1.Mai

Tach !

Wir haben erstmal ein paar Gedanken zu den inhaltlichen Schwerpunkten dieses allseits beliebten Happenings gesammelt, die wir Euch allen hier mal mitteilen wollen.

Also, uns drängte sich da erstmal ganz spontan der Komplex "Deutschland" auf. Was dabei für uns am wichtigsten ist, ist die Frage, wie mensch die von Mißständen gebeutelte neudeutsche Bevölkerung zu einer Solidarisierung mit uns und natürlich zur Teilnahme an Demo & Fest bewegen könnte. Wir müssen den Leuten klarmachen, daß wir durchaus ihre Interessen vertreten, daß sie von den Herrschenden wirklich nix erwarten können außer Wahlbetrug und Steuerzahlen für Einheit und Krieg (und natürlich noch 'ne ganze Menge andere nette Sachen, auf die wir die Leute doch nach wie vor gerne aufmerksam machen wollen!).

Was bei der Geschichte organisatorisch noch recht wichtig sein dürfte, ist der Zeitpunkt - 13.00 Uhr?? Es ist wohl damit zu rechnen, daß einige dieser Menschen an dem Gewerkschaftsumzug teilnehmen wollen. WENN diese dann aber EVENTUELL darüber hinaus noch einer (mehr oder weniger)revolutionären Tätigkeit nachgehen und unsere Demo besuchen wollen, sollten wir das berücksichtigen. Außerdem könnte mensch ja auch mal auf dem Gewerkschaftsteil Flugis für die WAHRE (hüstl) Demo verteilen oder sonstwie darauf aufmerksam machen (wo ist die FAU ???).

Das Thema Krieg halten wir auch für ganz gut, gerade weil die Rolle Deutschlands dabei ja nicht ganz unwichtig ist und sich das dann auch ganz gut verbinden läßt. Es ist echt wichtig, daß diese dumpfe Antikriegshaltung, wie sie vor allen Dingen bei den ganzen Peace-Kids vorherrscht, in einen konsequenten Antiimperialismus verwandelt wird. Die müssen merken, daß Krieg auch irgendwo organisiert wird und für die Herrschenden ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen darstellt.

Die diversen K-Grüppchen sind wirklich ein Problem, und das sollte gut bedacht werden (genau, Bilbo!). Es geht nicht an, daß von diesen Leuten wieder so ein Terror ausgeht wie beim letzten 1.Mai. Und das war leider nicht das gröbste Beispiel. Auch auf den SchülerInnendemos gegen den Krieg mußten sich diese Typen profilieren. Da sind teilweise glatt mehrere hundert Schülers von zwei (natürlich erwachsenen) dieser RIM-Figuren rumkommandiert worden. Mittlerweile sind ja auch die tätlichen Angriffe auf Mitdemonstranten und sogar unbeteiligte Passanten keine Seltenheit mehr. Das aggressive Verhalten dieser Leute hängt (nicht nur) uns allmählich zum Hals raus. Solche Leute fliegen raus - BASTA! Oder können wir diesen autoritären Mist etwa noch länger dulden? So. Soviel zu dem Stalin-Kram.

Noch was zur Strategie: Eine Demoroute, die auch mal aus'm Kiez rausführt, ist unserer Meinung nach (auch aktionsmäßig) 'ne äußerst günstige Angelegenheit. Und falls wir echt an die 20.000 Leute werden sollten, müssen wir uns so Sachen wie Spalier oder ähnliche Übungen nicht bieten lassen (wäre ja direkt peinlich). Wir halten ein mehr oder weniger geschlossenes Auftreten besonders in dem Punkt für sehr wichtig. Alk muß gerade deshalb endlich mal DRAUSSEN bleiben - so ein unkontrolliertes Verhalten wie letztes Jahr darf nicht wieder vorkommen.

FÜR EINE WIRKLICH (!) AUTONOME & RADIKALE JUGENDBEWEGUNG (NIX HIER JUGENDFRONT) !!! EINE JUGENDBEWEGUNG, DIE SICH EBEN NICHT NUR AUF DEN ANTIFA-KRAM BESCHRÄNKT !!! EINE BEWEGUNG, DIE VOM AUTONOMEN STANDPUNKT AUS EINEN KONSEQUENTEN KAMPF UM BEFREIUNG FÜHRT !!!
UNS TUT NIX WEH (WIR SIND JA NICH VONNER AUTSCH) !!!
FÜR EINEN STARKEN 1. MAI !!!
KEINE PARTEIEN UND DEREN ANHÄNGSEL AUF DEMO UND VV !!!

EINIGE JUNGE, AUFSTREBENDE
Revoluzzer

STICHPUNKTE UND GEDANKEN ZUM 1.MAI 1991:

Der 1.Mai ist für uns der Tag, an dem die verschiedenen widerständischen Gruppen und Realitäten zusammenkommen; das geht von den ausländischen "kids", Frauen und Lesben, Schwule, der "Kreuzberger Szene", den HausbesetzerInnen in Ost & West bis hin zu den "kids" aus den Vororten Berlin's.
Dieser Tag ist erstmal symbolisch und löst in keinster Weise die Probleme des 2. und 3. Mai's.
Und trotzdem ist es verdammt wichtig, wenigstens an idesem einen Tag aus den zerstückelten Subkulturen und "Szenen" zusammenzukommen und gemeinsan unseren Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen auf die Straße zu tragen.
Uns ist dabei klar, daß damit aber auch nicht die Widersprüche unter uns aufgehoben sind, so kann der größte Antifaschist ein Macker sein und eine europäische Frau ist eben auch weiß.
Ein wichtiges Element des Funktionierens von Herrscahaft in den Metropolen ist genau das Zerstückeln und Vereinzeln in zig Subkulturen und "Szene's".
Es soll keine Traditionsveranstaltung werden (so nach dem Motto "5 Jahre Volxwiderstand in Kreuzberg"), sondern uns geht es darum, die Fragen für weiteren sozialrevolutionären Widerstand zu stellen und die aktuellen sozialen Problem aufzugreifen und sich darauf zu beziehen.
Gemeinsamkeit dieser autonomen Kämpfe sind erstmal nur Schlagworte wie "herrschaftsfrei", "selbstbestimmt und Selbstverwaltet"; was dies genauer bedeutet, ist eine der zu lösenden Aufgaben, die vor uns stehen.
Es ergeben sich verschiedene Punkte und konflikte, zu denen wir uns am 1. Mai verhalten sollten: so zur sozialen Verelendung in der DDR, zu Sexismus; zu Rassismus und AusländerInnen hier in der Stadt, dem Lohn- und Sozialabbau im Westteil der Stadt, dem Golfkrieg und Nahen Osten, Olympia 2000, Mieten, und was sonst noch von Gruppen eingebracht wird.
Aber keines dieser Themen soll zum zentralen Schwerpunkt werden.

Vorschlag für eine Demo-Route - ausdrücklich wollen wir dabei festhalten, daß 13.00 Uhr O-Platz aufgrund der Forderungen unserer ausländischen Freunde und Freundinnen vorgeschlagen wird und nicht aufgrund unserer eigenen Borniertheit (Z.B. "weil's da schon immer losging, oder so")
O-Platz, Oranienstr. über Heinrichplatz bis zur Manteuffelstr., diese links hoch bis zur Köpenkerstr, wieder links in die Köpi, am besetzten Haus vorbei in den Osten bis zur Heinrich-Heine Str., rechts rum Brückenstr. bis Jannowitzbrücke, geradeaus in die Alexanderstr bis Alexanderplatz, links zwischen Hotel Stadt Berlin und der Treuhand durch, geradeaus Memhardstr., rechts in die Rosa Luxemburg Str. bis Rosa Luxemburgplatz,geradeaus in die Schönhauser Allee und kurz rechts und gleich wieder links am Senefelder Platz in die Kollwitzstr. bis zum Kollwitz-Platz. (diese Route wäre ungefähr 5,5 km lang)

Da zu den meisten Themenkomplexen andere Gruppen etwas sagen werden, wollen wir nur ein paar Gedanken zum Golfkrieg und Nahen Osten einbringen:
Der Krieg ist "zuende" und interessiert scheinbar nicht mehr; uns ist aber wichtig, daß die Situation im Nahen Osten weiterhin Thema ist und daß sie in Bezug mit den hiesigen Verhöltnissen gesetzt wird: Also zu hier: AusländerInnengesetz, Drohung mit Ausweisung bei politischer Betätigung, allgemeines Schüren des rassistischen Klimas gegen AraberInnen und islamische Menschen, Abschottung Deutschlands gegen Flüchtlinge - auch durch die neuen Pufferstaaten wie Polen und die CSFR; war unser Widerstand gegen den Krieg irgendwie von Belang für die Ereignisse im Nahen Osten ???
und zu dort: Betonung darauf, daß wir hinter den Menschen und Bevölkerungen stehen, aber nicht hinter den staatlich-nationalistischen und völkischen Begriffen (ich hab' auch keine Lust, unter dem Begriff Deutsche subsumiert zu werden); was ist mit ihnen im Krieg geschehen (Millionen Flüchtlinge, zerstörte Wohnviertel, zerstörte lokale Ökonomien, etc.) und für was kämpfen diese Menschen jetzt ??
Unterstützung aller (sozialrevolutionären) Aufstände im Nahen Osten (Kurden, Palästina)
Aufnahme aller ausreisewilligen Juden aus der SU in der BRD, damit sie nicht "zwangsweise" nach Israel auswandern müssen
Was bedeutet nach dem militärischen Sieg der USA die "neue Weltordnung" für die Menschen im nahen Osten ??? Zumindest rhetorisch wird von der USA eine Lösung für die Palästinenser und Kurden und ein "kleiner Marshallplan" angekündigt, doch was hat dies mit den Realitäten zu tun ?? Die Amis unterstützen weiterhin die herrschenden Eliten und Despoten (in Syrien, in Jordanien, in der Türkei), solange sie nicht ihren Interessen in die Quere kommen, weil ihen die "innere Stabilität" wichtiger ist als Demokratie und Menschenrechte. Wie verhalten sich im Augenblick die Migrationsarbeiter auf den Ölfeldern?'

(P. & O.)

Wir sind Leute aus der Bewegung für besetzte Häuser und selbstbestimmte Zentren in Europa. Auch wenn uns oft tausende von Kilometern trennen gibt es viele gemeinsame Erfahrungen, Wünsche und Vorstellungen, die uns verbinden. Wir haben dabei immer mehr Lust bekommen, auch gemeinsame Schritte zu entwickeln.
In unseren Häusern ist Platz für eine eigene Kultur von unten für viele Menschen. So,wie wir uns ein selbstbestimmtes Leben vorstellen, brauchen wir diese Räume, um uns zu entwickeln. Wir verstehen uns als Teil der Gesellschaft und versuchen,diese auch aus unseren Häusern heraus zu verändern.
Die europäischen Regierungen haben beschlossen, daß es uns so nicht mehr geben soll. Die europäischen Innenminister haben auf der TREVI-Konferenz vereinbart, alle besetzten Häuser und Zentren bis 1992 räumen zu lassen. In den meisten westeuropäischen Ländern wurde damit auch schon massiv angefangen, für die Sicherung dessen, was sie 'Ruhe und Ordnung','Rechtsstaat' oder 'inneren Frieden' nennen.

Wir rufen auf zu einem EUROPÄISCHEN AKTIONSTAG am 10./11. Mai 91 unter dem Motto " GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN'FRIEDEN'"

"Imperialistischer 'Frieden' " heißt hier in Europa, in den hochindustrialisierten Ländern, wo die Zentralen der großen Banken und Konzerne sind, daß das gesamte gesellschaftliche Leben der Logik des Profits, der Geld-Ware-Beziehung untergeordnet ist.
Gleicheitig heißt das, daß die "Festung Europa 92" kontrolliert oder dichtgemacht werden soll gegen die ArbeiterInnen und Flüchtlinge aus den Ländern des Südens und Osteuropas. Als Mittel dazu dienen den Mächtigen die Ausländergesetze und der Rassismus. Sie wollen damit den hier aus aller Welt angehäuften Reichtum abschotten.
Für die ausgeplünderten Länder des Südens bedeutet das, daß millionen von Menschen für die Profitinteressen der Herrschenden wertlos geworden sind, das Hauptinteresse der Ausbeutung den Rohstoffen gilt. Das heißt tagtäglicher Tod durch Hunger, Krankheit und Folter. Das ist der Grund für die Flüchtlingsströme nach Europa und auch der Hintergrund des Golfkrieges.

Um den Reichtum und die Macht zu sichern, müssen die Herrschenden auch den Widerspruch zwischen reich und arm in den Zentren des Kapitals in kontrollierbaren Maßen halten. Das wird für sie immer wichtiger, angesichts der Probleme, die in den Zentren selbst durch die Umstrukturierung der Produktion, der Landwirtschaft und der Städte entstehen. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse schafft hier eine Kluft zwischen relativ gut verdienenden und wenigen ganz Reichen einerseits und andererseits einer Menge Menschen, die ins ganz materielle Elend gedrängt werden. Aber auch die, denen es hier materiell ganz gut geht, spüren, daß die Entfremdung der Arbeits- und Lebensverhältnisse von jeglichem sozialen Sinn kaputtmacht. Von der Zerstörung vieler sozialer Strukturen aber auch der Umwelt als Lebensgrundlage sind hier alle Menschen betroffen.

Die Besetzung von Häusern und selbstbestimmten Zentren ist unsere Antwort auf die Verknappung und Spekulation mit Wohnraum, die permanente Verteuerung von Mieten.
Wir nehmen uns das, was wir brauchen!

Zum anderen geht es uns dabei um den Aufbau von Lebenszusammenhängen, in denen wir soziale und menschliche Strukturen und Werte, eine andere Kultur außerhalb der Geld-Ware-Beziehung aufbauen können. Unsere Suche nach einem ~~neuen~~ sozialen Sinn hat auch eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung.

Die zunehmenden Räumungen der besetzten Häuser und Zentren verstehen wir auch in diesem Zusammenhang als Versuch der Herrschenden, jeglichen Ansatz von Perspektive auf ein anderes Leben zu verhindern beziehungsweise zu zerstören.
Diese Konfrontation ist nicht, wie die Herrschenden allen glauben machen wollen eine losgelöste Auseinandersetzung zwischen BesetzerInnen und den Bütteln des Staates. In Wirklichkeit sind unsere Kämpfe Teil der permanenten Auseinandersetzung zwischen Unterdrückten und Unterdrückern.
Wir wollen als BesetzerInnen uns und unseren Kampf mehr, als bisher verbinden :
- mit den Menschen und Kämpfen in den Stadtteilen
- mit anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die es zum Beispiel in den Fabriken und Schulen gibt
- mit den Kämpfen um Befreiung weltweit.

Heute will der Imperialismus zuerst mit dem Krieg und dann mit dem Frieden der Friedhofsruhe die eigene Herrschaft über den Rest der Welt zementieren. Sie nennen das neue Weltordnung. Gegen diese sogenannte neue Weltordnung müssen wir uns und die besetzten Häuser auch hier durchsetzen.

Mit dem Aktionstag wollen wir dem Europa des Kapitals unseren Willen zu selbstorganisiertem Leben und Handeln entgegenstellen. Wir wollen uns europaweit organisieren und uns in unserem Handeln aufeinander beziehen.
Damit wollen wir auch eine breitere Öffentlichkeit erreichen und in den Medien durchkommen. Dabei finden wir es notwendig zu durchbrechen, daß die Auseinandersetzung zwischen Staat und HausbesetzerInnen als quasi "Privatkrieg" in der Öffentlichkeit dargestellt und auch so verstanden wird. Wir wollen erreichen, daß die gesellschaftliche Bedeutung dieser Auseinandersetzung, von der besetzte Häuser und Zentren nicht alleine betroffen sind, in der Öffentlichkeit nicht länger verleugnet werden kann.

Wir gehen von der Tatsache aus, daß wir in den verschiedenen Ländern, Städten, Häusern und Zentren unterschiedliche Ansatzpunkte und Bedingungen haben.
Wir wollen, daß sich alle an dem Aktionstag beteiligen und finden dafür vielfältige Ideen und Widerstandsformen notwendig.

Leute von zwei internationalen Vorbereitungstreffen zum europäischen Aktionstag aus 25 Städte ~~aus~~ / 7 europäischen Ländern

An der Diskussion über den Aktionstag wollen wir auch die politischen Gefangenen in den europäischen Knästen beteiligen.

In Hamburg wird am 06. April um 10 Uhr in der HERMINE ein zweitätiges Koordinationstreffen zur nationalen Planung der Aktionstage stattfinden.
Bis zu diesem Treffen sollten konkrete Aktionen für Berlin erarbeitet sein. Die Aktionen können von Schärfe geprägt sein, jedoch ist Kreativität gefragt!!!
Folgende Vorschläge wurden in Zürich zu möglichen Aktionsformen und Themen schon diskutiert :

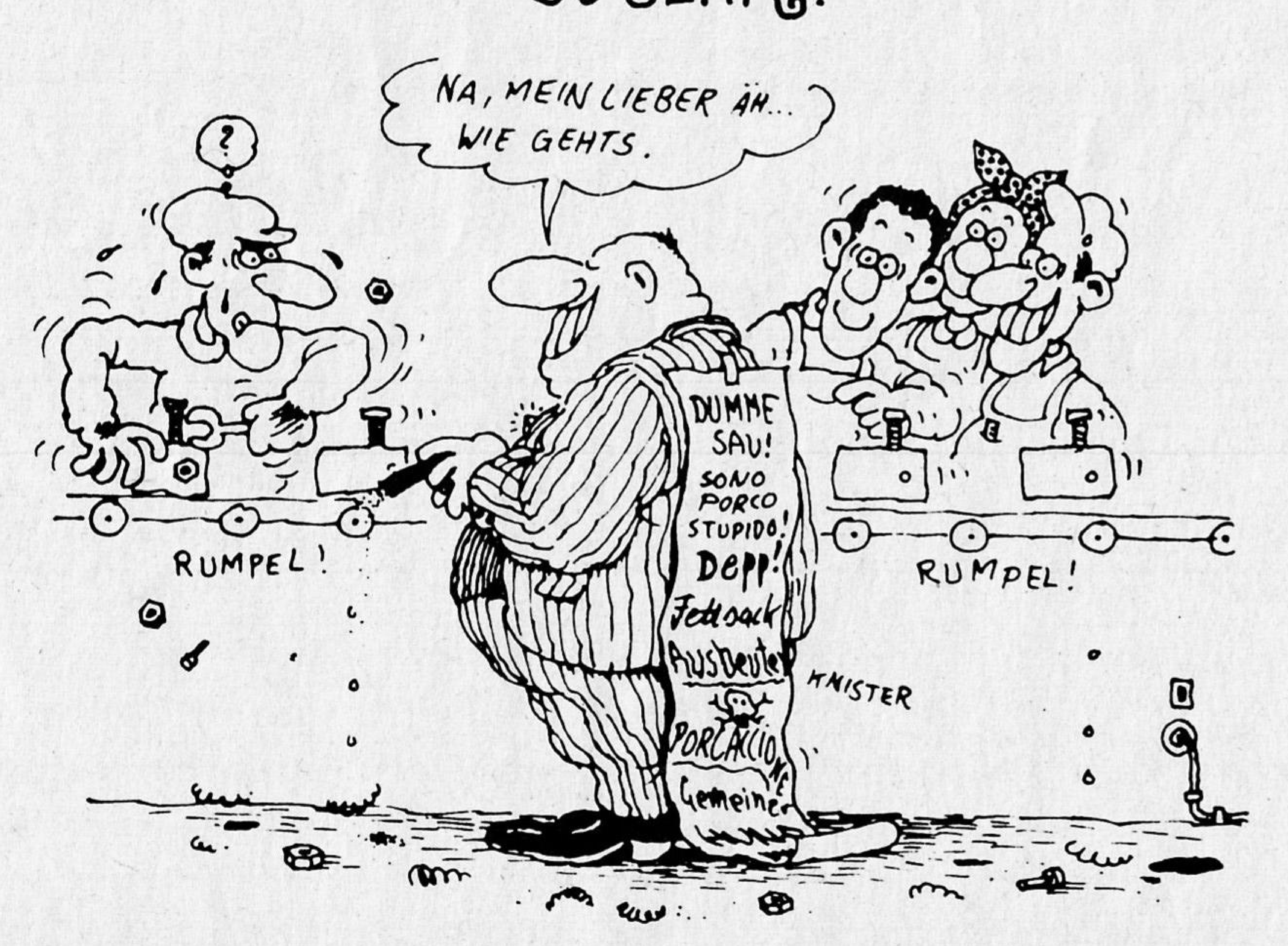
1. Bauliche Umstrukturierung : hierzu könnten Aufläufe und Bürobesetzungen bei .Spekulanten, Immobilienmaklern und Wohnungsbaugesellschaften stattfinden
2. Gegen Anhäufung von Kapital und den Aktienboom während des Golfkrieges ; Börsenblockade ...
3. Psychologische Kriegsführung der Medien und die Kriminalisierung von HausbesetzerInnen und linken Widerstand vor allem durch die bürgerliche und rechte Presse ; Infostände, Wandzeitungen
4. Selbstdarstellung der besetzten Häuser und Zentren ; Straßenfeste, Tag der offenen Tür

WEITERE VORSCHLÄGE SIND GEFRAGT !!!

Was auch immer läuft ?! Es muß koordiniert werden und für die Öffentlichkeit vermittelbar bleiben !

Das Vorbereitngstreffen zu den Aktionstagen findet im Infoladen Kreuziger 18 am Dienstag, den 02. April 20 Uhr statt.

DIE ARBEITER HABEN ZWAR EIGENE KAMPFFORMEN ENTWICKELT, ABER UM DIE REVOLUTION GEHT ES DABEI NICHT SO SEHR.





NEUES VON DER MIETENFRONT

6 Wochen Aktionsbündnis gegen Mietenexplosion
6 Wochen Bündnispolitik mit MieterGemeinschaft, mieterInnenläden, -inis, PDS...

... Zeit für einen Zwischenbericht:

8. Februar: 1. Mietenratschlag
nach Bekanntwerden erster Entwürfe zu Mieterhöhungen in der eh. DDR, läd die MieterGemeinschaft zu diesem Ratschlag. Anwesend: MieterInneninitiativen, v.a. aus Prenzlberg, aber auch aus Treptow, Pankow, Marzahn..., MieterInnenläden, Bürgerinis, VertreterInnen von Bündnis 90, PDS und - vorerst als BeobachterInnen - Leute aus Fr'hainer Häusern. Wichtigstes Thema ist, wie möglichst viele über die Bonner Pläne informiert werden können, ansonsten wird eine breite Palette von Aktivitäten befürwortet.

17. Februar: Fr'hainer B-Rat
Aufgerufen wurde u.a. durch ein Papier in der INTERIM, in dem zur Diskussion über eine mögliche Bündnispolitik im AKTIONSBÜNDNIS GEGEN MIETENEXPLOSION aufgefordert wurde. Gekommen waren, trotz vorhergehender Vertragsdiskussion, etwa 15-20 Leute. Mensch war sich einig, sich am Bündnis zu beteiligen, mehr noch, ein solches Vorgehen schien vielen die einzige Möglichkeit, aus der politischen Defensive, in denen sich die Häuser befinden, herauszukommen.
Im Nachhinein hat sich dies allerdings als Illusion herausgestellt. Trotz der sich überstürzenden Ereignisse in Sachen Mieterhöhungen, trotz der Tatsache, daß die besetzten Häuser ihren MieterInnenstatus mit aller Vehemenz herbeiverhandelten, sank das Interesse, hier auch politisch einzugreifen, rapide. Beim Fr'hainer B-Rat eine Woche später waren nur noch drei Interessierte anwesend. Seitdem ist das Thema Mieten mehr schlecht als recht beim Kiezrat aufgehoben, den Fr'hainer B-Rat als politischen Rat gibt es nicht mehr. Verhandelt wird weiter mit großem Interesse und es würde einige Leute nicht wundern, wenn die irgendwann ehemals besetzten häuser diejenigen sind, die ihre Mieterhöhungen am schnelsten überwiesen...

22. Februar: 2. Mietenratschlag
Vorausgegangen sind einige "Kungeleien" mit der MieterGemeinschaft, konkret: sie haben sich überzeugen lassen, daß ein durch Unterschriftenlisten angekündigten Boykott der Mieterhöhungen ein durchaus politischeres Signal ist, als sich an den Unterschriftensammlungen des Mietervereins zu beteiligen. Wir, inzwischen war ein Haus aus Prenzlberg dazugekommen, haben beim Bündnis denn auch immer wieder darauf hingewiesen, was Unterschriften im Fall Weißer Kreis bewirkt haben - Nichts! Die Idee, seine /ihre Unterschrift mit der Ankündigung eines Mieterhöhungsboykotts zu verknüpfen, wurde beim zweiten Ratschlag in Ansätzen diskutiert - natürlich kontrovers. Ergebnis: Zwar wird eine solche U-sammlung nicht zur zentralen des Bündnisses, aber erwünscht (oder geduldet?) ist sie dennoch. Es war halt wie imer: die Sache an sich wurde für gut befunden, allein die Umsetzbarkeit... Mittlerweile liegt die Boykottliste an Infoständen neben anderen aus, unterschrieben werden sie beide, wahrscheinlich gucken die Leute gar nicht so genau hin.
Beim zweiten Ratschlag gab sich das Treffen den Namen AKTIONSBÜNDNIS GEGEN MIETENEXPLOSION, es wurde ein Aufruf verabschiedet, in dem u.a. steht, daß die bloße Protestbekundung alleine noch nichts

erreicht, daß vielmehr massiver politischer Druck ausgeübt werden muß usw. Unterschrieben ist der Aufruf mittlerweile von zahlreichen Inis, Läden, VertreterInnen von PDS, Bündnis 90, VL, ÖTV, B-Räten, MieterGemeinschaft, Bezirksgruppen des Mietervereins usw. Demnächst wird ein Plakat erscheinen, auf dem die versammelte Unterstützung zu bestaunen sein wird.
Drittes Thema am 22.2. war das weitere Vorgehen, beschlossen wurde u.a. eine Aktionswoche, weitere Infostände sowie vor allem die massenhafte Verteilung des 1. Bündnisflugis "Mietenexplosion in Berlin"

Verwirrung aus Bonn

Die angekündigten und die tatsächlichen Proteste der MieterInnen haben offensichtlich auch die Bonner Koalition verunsichert. Ende Februar traten die Landesbauminister zusammen und verlangten ein umfassendes Stadterneuerungsprogramm für die FNL und Ost-Berlin. In der Schußlinie stand außerdem die geplante Instandsetzungsumlage, die sich bis zu 3 DM/qm auswirken sollte. In Bonn jagte ein Gerücht das andere, Beteuerungen und Dementis alerorten. Schließlich ein neuer Entwurf am 6. März, zwei Tage vor dem dritten Bündnistreffen: Statt bisher am 1.April und 1.Oktober sollten die Mieten nun einheitlich am 1.August erhöht werden. In der Höhe (Wohnwwertzuschlag, Betriebs-, Warmwasser- und Heizkostenumlage sowie Instandsetzungszuschlag) hatte sich nichts geändert.

8. März: Aktionsbündnis/ 14.März: Versteigerung im Palace Hotel

Das Interesse der Presse wird größer, die Beteiligung geringer. Anwesend waren am 8.März etwa 40 Leute, vor allem aus den Inis. Fast alle Inis machen regelmäßig Infostände in ihrer Strasse/ ihrem Bezirk und es scheint als wäre dies für sie auch ihre wesentliche Arbeit, ihre Pflicht zur Information, der sie nachzukommen haben. Die Sachen, die darüber hinausgehen, die Bündnisarbeit eben, wird eher konsumiert. Das heißt natürlich auch, daß mensch nie so richtig weiß, ob die Ini-VertreterInnen nun hinter einer Aktion oder einer Idee stehen oder nicht. Das Interesse, daß sich an Infoständen zeigt, gibt ihrem Rangehen auch erst mal recht. Hier wäre es z.B. mehr als nötig auch mal politische Stellungnahmen bzw. Forderungen von uns auf Papier zu bringen, weil außer dem 1. Bündnisflugi, das von uns geschrieben wurde, und ohnehin veraltet ist, liegt eben nur Material der MieterGemeinschaft aus.
Was sich bei den Bündnistreffen auch immer wieder zeigt, ist der hohe Stellenwert der Rechtsberatung, der immer wieder betont wird. Ohne das jetzt in Abrede zu stellen, wäre uns natürlich die Diskussion über kollektive Widerstandsformen wichtiger. Aber woher nehmen und nicht stehlen. Was alle interessiert ist, auf der Strasse Druck zu machen. Aber einen konkreten, auf ein Haus beezogenen Konflikt anders als nur juristisch durchzukämpfen, dazu fehlt es noch an Selbstbewußtsein aber auch an den aufbauenden Beispielen. Auf jeden Fall, der Drang auf die Strasse freut uns natürlich und es sieht auch so aus, als ob die Aktionstage auch von allen getragen werden, die Diskussion war jedenfalls rege.
Wichtigstes thema am 8. März war die zweite Versteigerung Plettners, die 6 Tage später, am 14.3. im Palace-Hotel statfinden sollte. Unabhängig von einigen Leuten aus dem Bündnis hatten sich auch welche aus Prenzlberg der Sache angenommen (so was freut gerade in Zeiten, in denen wenige aktiv sind). Es gab einen Aufruf, der für die Mobilisierung über die INTERIM leider zu spät war, ein Vorbereitungstrreffen und Briefe an die betroffenen MieterInnen in den Häusern. Das Medieninteresse war bereits vor der Versteigerung

riesengroß. Presseerklärungen des Aktionsbündnisses erschienen in fast jeder Tageszeitung (fast=taz), eine Pressekonferenz der MG zu Plettners Versteigerungspraktiken heizte die Wogen zudem an. Bereits nach der 1. Versteigerung, die ja im Fall Kollwitzstr. 52 Aufsehen erregt hatte, ließ Plettner seinem Ärger Luft und forderte die MieterGemeinschaft, die sich mit den Berufsbesetzern aus Kreuzberg verbündet hätte (oder ham wir uns mit ihr verbündet, oh je, d.s.) auf, den Weg in die Legalität zurückzufinden. So heiß gelöffelt wie gekocht wurde die suppe dann allerdings nicht. Die Beteiligung am Palace-Hotel war enttäuschend, es waren fast mehr PressevertreterInnen als DemonstrantInnen anwesend, keine MieterInnen, keine Leute aus den Inis, frustrierend. Es gab denn auch als Einladung für das nächste Bündnistreffen einen bösen Brief, ob sich das aber bei der nöchsten Aktion in besserer Beteiligung ausdrückt, on verra...
Noch zur Versteigerungh: Plettner ließ wenige Tage später im Tagesspiegel verlauten, die Proteste hätten ihm sein Geschäft vermiest und er werde die MG verklagen. OB's stimmt oder nicht, die näxte Versteigerung sollte im noch mehr vermiest werden und er hat uns den schönen Gefallen getan, selbige mitten in die Aktionstage zu legen. Schönen Dank!


Die aktuelle Situation

Am Dienstag , den 18. März beschloss die Bundesregierung die für den 1.August geplanten Mieterhöhungen. Die Instandsetzungsumalge ist vorerst vom Tisch, kann aber jederzeit nachgereicht werden.Die Mieten werden sich demnach vervier- bis verfünffachen. Wir haben zuerst überlegt, ob damit die Luft raus ist, zumal eben der Fall der Inst.setzungsumlage ein kleiner Achtungserfolg ist, aber wir wurden schnell eines besseren belehrt. Für viele ist die Sache damit konkret geworden. Die Leute wissen, daß im Juni irgendwann die Erhöhungen ins Haus flattern, und schließlich ist das fünffache eben das fünffache, Wohngeld hin oder her.
Am 22. März gabs dann das 4. Bündnistreffen, auf dem vor allem über die Aktionstage Ende April geredet wurde (s.u.) Ausserdem wurde ein Redebeitrag für die PDS-Grosskundgebung am Alex diskutiert und die Mirtarbeit in der Vorbereitung der Montagsdemos beschlossen.

AKTIONSTAGE GEGEN MIETENEXPLOSION VOM 20.4. bis 30.4.

Zur Vorgeschichte: Daß es diese Aktionstage, quasi als Bündelung der Kräfte, als Versuch, den Stein auch in Sachen Mieten ins Rollen zu bringen, geben würde, war von Anfang an klar. Der Vorschlag, dies dann Ende April zu machen, kam dann von uns (Nachtigall...). Ursprünglich war und ist auch noch an eine MieterInnengrossdemonstration gedacht. Dazu ist u.E. die Stimmung und mobilisierunng noch nicht so weit. Die Leute fühlen sich noch von drohender Arbeitsosigkeit mehr betroffenen als von den Mietsteigerungen, die ja erst im Sommer auf sie zukommen. Das kann sich aber schon zum 1.Juli, wenn Nullkurzarbeit und Warteschleife in die Arbeitslosigkeit führen, ändern. Deshalb vorerst "nur Aktionstage". Wir wollen damit auf jeden Fall die Themen Mieten, Spekulation und wenn geht auch Umstrukturierung mehr als bisher zum Gesprächsthema machen und zeigen, daß ähnlich zur Sit. in den Betrieben auch in diesem Bereich der organisierte Widerstand größer wird. Information und Aktion werden sich in etwa die Waage halten. Zentrales Ereignis wird das längste Transparent der Welt" sein, das am Vorabend des 1. Mai vom Kottbusser zum Frankfurter Tor gespannt wird.

<u>Der Vorbereitungskreis ist bisher noch klein! Vor allem</u> wenn die Transparentaktion steigen soll, brauchen wir viel mehr Leute, die das vorbereiten und noch viel mehr, die daran teilnehmen, und dies v.a. auch vorher bekanntgeben. Wir müssen in etwa einschätzen können, wieviele Gruppen, wieviele Transpis und wie viele Leute wo sein werden. Aus diesem Grunde haben wir eine Streckeneinteilung gemacht, auf der mensch sich eintragen kann. Der Plan liegt aus im Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, Raum 113, oder ihr ruft einfach an Ost 9-2292081. Alles klar?



Mal ein Comment zum Volxsport „Kampf dem Knastsystem“

Diese Form der Aktion finde ich erstmal absolut gut - genau die Sache hinter der ich und viele andere stehen können!!!!!!!!!!!
- gezielte (militante) Aktionen, als eigenständige Offensive und nicht erst als Re-aktion
- ein gutes Hintergrundpapier, daß gerade für "Außenstehende" mal eine Anregung sein könnte, daß diese "Chaoten" nicht sinnlos zerstören, sondern tatsächlich politischer Sinn dahinter steht
- und ein gezieltes Ansprechen der Schuldigen, die somit aus dem Schutz ihrer Gruppe der "alltäglichen Mittäter" individuell angegriffen werden. Vielleicht erinnern sie sich ja doch mal ihrer Eigenverantwortung und ihres Gewissens...(ich weiß- seeehr optimistisch)

Naja, jedenfalls sind sie dann auch mal persönlich mit Konsequenzen konfrontiert!

Also ich finde dies einfach genau den richtigen Weg!!!

Was ich dann z.T. etwas blöd fand ist der 2.Teil:
Wenn ihr wirklich jeder/m auf die Finger schauen wollt, jede/n in ihrer/seiner jeweiligen sozialen Position aus der Anonymität reißen wollt, so müßt ihr daß in aller Konsequenz auch bei euch selbst tun -und wo wollt ihr da anfangen? Finde ich echt total schwierig. Ich finde es zu oberflächlich und einfach, alle zu verurteilen (mich stört besonders die Ober"schwester" als Beispiel). Schließlich hängen alle Menschen unterschiedlich tief in ätzenden Strukturen und Systemen, aus denen sich niemand so einfach befreien kann oder will.

Also ich will das weitergeben von Druck und Ausbeutung von oben nach unten nicht entschuldigen oder legitimieren, finde aber daß ihr es euch mit eurer pauschalen und klischeehaften Verurteilung zu einfach macht! (Logo, daß wir uns dennoch ständig hinterfragen sollten!)

Und was ich echt auch völlig schwierig finde ist die alte Knastfrage: Knast ist Unterdrückungsmittel Nr.1 und mit dem Knast erkennen wir auch den Staat als Macht an, ist soweit schon klar; aber wie sollen wir den tatsächlich mit all den vielen Kaputten Menschen umgehen, die es heute (noch?) um uns gibt ?Ich habe wirklich keine Lust auf Vergewaltiger und andere Schweine um mich! Ich kann den Knast nicht nur als Unterdrückungssystem des Staates sehen. Ich fand eure Stellung dazu z.T. auch sehr gut.

Ich fände mal eine konstruktive Diskussion und Anregungen dazu sehr gut!!!!!!!!

Ansonsten gaaanz viel Power für noch massenhaft vieler solcher Aktionen von uns allen!!!

AKTIONSTAGE GEGEN MIETENEXPLOSION VOM 20.4. bis 30.4.

VORLÄUFIGES, VORBEHALTLICHES PROGRAMM:

Samstag, 20.April: BEZIRKSTAG
Informationsstände, Unterschriftensammlungen, Mahnwwachen, Kundgebungen in den Bezirken

Montag, 22.April: MONTAGSDEMO 18 Uhr, Alexanderplatz
Es wird versucht diese Montagsdemo zu einer MieterInnendemo zu machen, und die Abschlusskundgebung vor dem Amt für offene Vermögensfragen in der Klosterstr. 59 stattfinden zu lassen. Dort stapeln sich die Rückgabeanträge der privaten Besitzer und dieses Amt hat auch wesentlichen Anteil daran, daß Ost-MieterInnen bei Neuvermietungen nur noch befristete Verträge bekommen sollen.

Dienstag, 23.April: RATHAUS SCHÖNEBERG, 11.55 Uhr
Übergabe der gesammelten Unterschriften gegen die Mieterhöhungen

Dienstag, 23.April: FB ARCHITEKTUR, TU BERLIN

Mittwoch, 24.April: Fachbereichstage zur Wohnungsnot

Donnerst. 25.April: TAG DER MIETERINNENVERSAMMLUNGEN

Freitag, 26.April: BLOCKADE GEGEN DIE DRITTE VERSTEIGERUNG VON OST-BERLINER MEITSHÄUSERN (Ort und Beginn wird noch bekanntgegeben)

Samstag, 27. April: BEZIRKSTAG
KIEZDEMONSTRATION IN KREUZBERG

Montag, 29.April: MONTAGSDEMONSTRATION

Dienstag, 30.April: "DAS LÄNGSTE TRANSPARENT DER WELT"
Auftaktkundgebungen und Sammlungsplätze 17 Uhr Kottbusser und Frankfurter Tor

Mittwoch, 1. Mai wir sind dabei!

So das wärs erstmal, es ist schon Montag Mittag und die Interim drängelt immer so, ihr erreicht usn entweder übers Haus der Demokratie oder übers MieterInnencafe im X-B-Liebig, Sonntags ab 16 Uhr.
Das nächste Bündnistreffen ist Donnerstag, den 8. April, 19 Uhr in der Bürgersolidarität, Leipzigerstr. 47
Mittwoch, 23.April:

ANSCHLAG AUF ESSO-VERTRIEB

Der Krieg gegen den Irak war - nach dem Ende des Kalten Kriegs und während des Zerfalls der UdSSR - ein Mittel zur Durchsetzung der neuen Weltordnung. Die weitere Ausplünderung der 3 Kontinente mußte gewährleistet werden, und an der arabischen Region wird stellvertretend für andere Völker und Regionen ein Exempel statuiert. Die USA wollen allen Regimes und allen Widerstandsbewegungen zeigen, daß es für sie keine Alternative zur Unterwerfung unter ihre Herrschaft gibt.

Es geht auch um eine neue Phase der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Zentren und um die Vormachtstellung im imperialistischen Lager. Japan und die EG - unter Führung des deutschen Imperialismus - arbeiten auf die Übernahme der Führung hin. Die Deutschen sind die Sieger des Kalten Krieges und erobern mit ihrer stabilen Ökonomie Osteuropa. Mittelfristig werden sie die unsicheren Rohstoffquellen durch Erdöl und Erdgas aus der UdSSR ersetzen.

Kurzfristig versucht das ökonomisch stagnierende US-Kapital durch Einsatz seiner Militärmaschinerie und der Besetzung des Nahen Ostens die Energie-Lebensader der imperialistischen Ökonomie unter seine direkte Kontrolle zu bringen, um sich zu behaupten. Zwei Drittel aller Weltölreserven liegen im Nahen Osten, und die westeuropäischen Länder importieren mehr als ein Drittel ihres Bedarfs aus dieser Region. Bei Japan liegt der Anteil mit zwei Dritteln doppelt so hoch und ist die Abhängigkeit davon am stärksten.

Für die Verfügung über den Rohstoff Öl und über die in die Metropolen zurückfließenden Ölprofite werden Massaker an den in Armut lebenden Arabern, Palästinensern und Kurden miteingeplant.

Die revolutionäre Linke in der Metropole befindet sich in der Krise, und das ist auch an uns nicht spurlos vorbeigegangen. Wir befinden uns in einer Phase der Neubestimmung unserer Politik, und unsere Möglichkeiten des Eingreifens sind zur Zeit noch zu gering. Angesichts der realexistierenden zerstörerischen und kriegrischen Logik von Kapitalismus und Imperialismus besteht für uns kein Zweifel, daß es notwendig ist, den Kampf weiter auf allen Ebenen zu führen

Die Ölmultis sind ein wichtiges Glied in der Ausbeutungs- und Kriegsmaschinerie. Vor Ausbruch der militärischen Konfrontation haben sie durch zig Milliarden Mehreinnahmen schnell eigene Extraprofite und Geld zur Kriegsfinanzierung abgesahnt. Deshalb haben wir eine Vertriebsfirma des ESSO-Konzerns in Ülzen angegriffen.

* FÜR DIE POLITISCHE UND SOZIALE BEFREIUNG DER UNTERDRÜCKTEN IM NAHEN OSTEN!

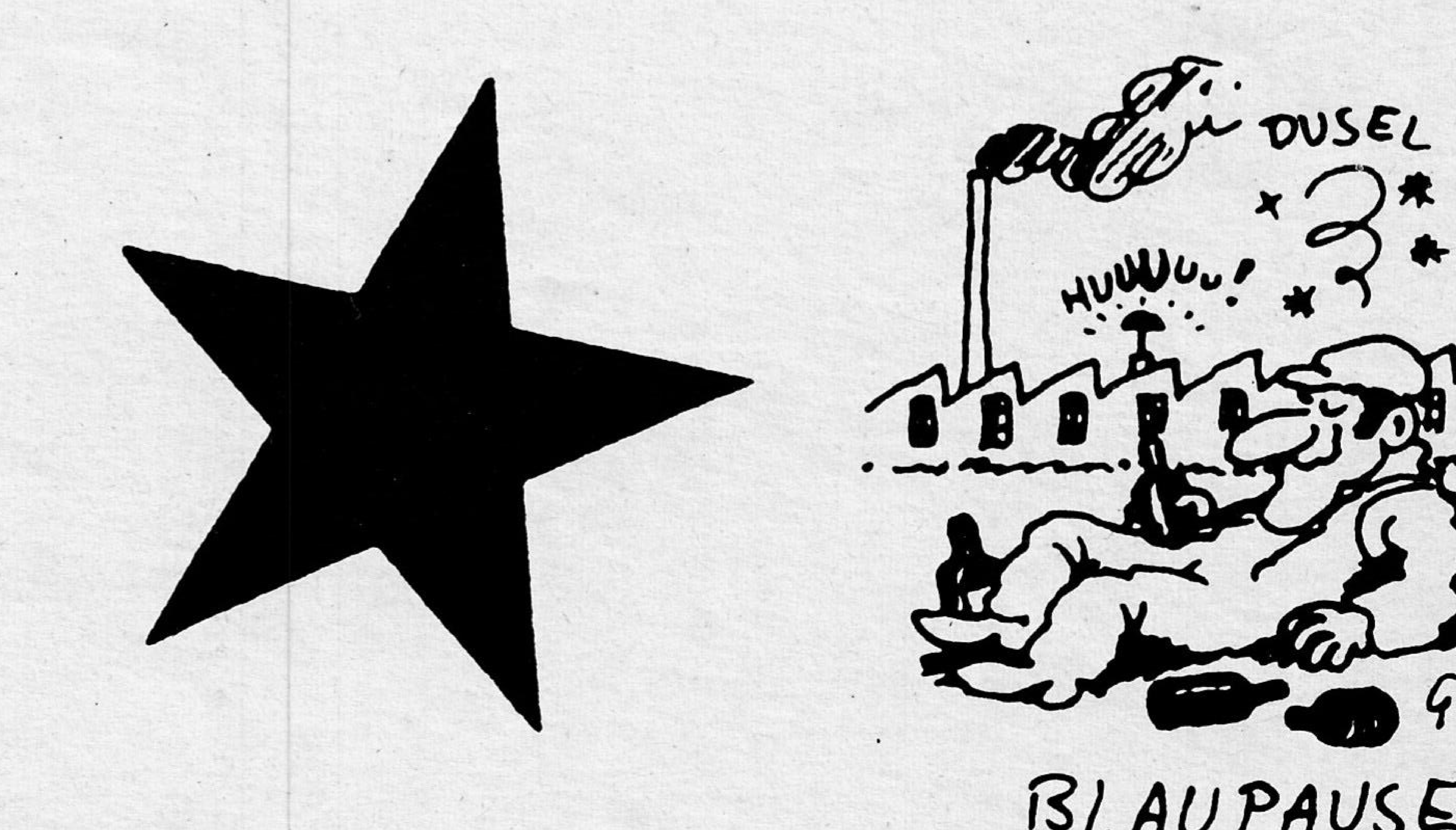
FÜR DEN SIEG DES KURDISCHEN UND PALÄSTINENSISCHEN VOLKSAUFSTANDS!

BEWAFFNETER ANTIIMPERIALISMUS AUCH IM HERZEN DER BESTIE!

FÜR DEN KOMMUNISMUS!

REVOLUTION BIS ZUM SIEG!

REVOLUTIONÄRE ZELLEN





AUFRUF

zur Unterstützung des Massenaufstandes in
Irak und Irakisch Kurdistan

Drei Jahre nach den Giftgasangriffen in Halabja hat sich das kurdische Volk im Irak gegen die Diktatur von Saddam Hussein erhoben. unter der Herschaft der Baath-Partei wurde Kurdistan systematisch entvölkert und arabisiert, jeder Widerstand wurde, in Kurdistan wie im gesamten Irak, auf blutigste Weise unterdrückt. Jahrelang störte sich daran keine USA und keine UNO. Die halbe Welt lieferte Saddam modernste Waffen und Giftgasfabriken.
In Kurdistan, wie im Gesamtirak ist sämtliche Infrastruktur zerstört, Lebensmittel- und Wasserversorgung sind zusammengebrochen, Typhus und Cholera grassieren in den Trümmern der Städte.

Die bewaffneten Kräfte des Volkes und der irakischen KURDISTAS-FRONT haben einen Großteil Kurdistans, darunter die wichtigsten Städte Suleymania, Erbil und Kerkuk, befreit. Für die Kurden im Irak ist das eine historische Chance, ihre nationalen Rechte zu verwirklichen und mehr als 30 Jahren Leiden und Uterdrückung ein Ende zu bereiten. Sie kämpfen für ihre Selbstbestimmung im Rahmen einer gesamtirakischen Föderation, für die Beendigung der Diktatur und die Errichtung demokratischer Strukturen.
Sollte dieser Aufstand scheitern, drohen den Kurden und allen Irakern Vergeltungsangriffe und Vernichtungsschläge, die das Grauen von Halabja noch in den Schatten stellen werden.

Gerade jetzt ist es unsere Pflicht, die irakischen Kurden und alle Iraker bei ihrem Aufstand gegen dieses Regime zu unterstützen !

Unterstützt den Volkesaufstand!
Spendet für Soforthilfe für die befreiten Gebiete in Kurdistan und im Irak!
Wiedergutmachung der Bundesregierung und der beteiligten deutschen Firmen für die Opfer von Halabja!

Spendenaufruf für Soforthilfe in den befreiten Gebieten:
an: medico international Stichwort Kurdistan /Irak
Konto Nr. 1800 bei der Frankfurter Sparkasse (BLZ 50050102)
Postgiro Köln, Konto Nr. 6999 - 508

---

palästina solidarität



März 91

Spendenaufruf zur Unterstützung der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten

Die Ausgangssperre seit Beginn des Golfkrieges brachte die Industrie und den Handel in den besetzten Gebieten zum Erliegen. Ein Großteil der diesjährigen Ernte ging verloren, wochenlang konnten die PalästinenserInnen ihrer Arbeit nicht nachgehen. Die Armutsgrenze ist längst unterschritten. Deshalb sind Spenden dringend notwendig!

Palästina-Solidarität · Spendenkonto Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10,Kto.-Nr. 327 417–107

PALÄSTINA:

- ★ 23 Jahre israelische Militärdiktatur + Besatzung
- ★ Verbot polit. Betätigung
- ★ Gefängnis, Folter, Tod
- ★ 141 UN-Resolutionen ohne Durchsetzung

WIR FORDERN:

- ★ Abzug des israelischen Militärs aus den besetzten Gebieten Palästinas
- ★ Anerkennung eines paläst. Staates
- ★ Nah-Ost-Konferenz mit Beteiligung der PLO



PALÄSTINA - KÄMPFT FÜR SEINE FREIHEIT

Seit Dezember 1987 wehrt sich die palästinensische Bevölkerung in der Westbank, dem Ghaza-Streifen und Ostjerusalem mit einem Volksaufstand, der Intifada, gegen die israelische Besatzung und fordert einen eigenen palästinensischen Staat.

Jeden Montag 18.30 Uhr offenes UnterstützerInnen-Plenum im Palästina Büro Mo-Do 17-20 Uhr

Dort kann sich jede/r informieren, Kaffee trinken, zusammen setzen und Aktionen vorbereiten. Wir haben viele Infos zum Nahostkonflikt und zu Palästina (Bücher, Zeitungen, Diavorträge und Video-Filme).

PALÄSTINA BÜRO IM THOMAS-WEISSBECKER-HAUS, WILHELMSTR. 9
1000 BERLIN 61, Tel.: 251 85 39, (U-Bahnhof Hallesches Tor)

Interview zwischen Radio Dreyeckland (RDL / Freiburg) und Victor Dieguez, ehemaligem Gefangenen der GRAPO in Spanien im Nov. '90.

Victor Dieguez war 12 Jahre lang im Knast. Er lebte im Knast in Soria in der Kommune Carlos Marx (= Die Kommune der Männer). Er war in Soria inhaftiert, als der Hungerstreik beschlossen wurde, beteiligte sich am Hungerstreik und wurde nach 45 Tagen Hungerstreik entlasssen.

RDL:
Wie war die Bestimmung des Hungerstreiks? War es klar, den Hungerstreik so lange zu machen, dabei die Situation einzugehen, eventuell für die Zusammenlegung zu sterben?

Victor:
Seit Anfang des Hungerstreiks war klar, daß der Tod in Kauf zu nehmen war. Aus verschiedenen Ecken ist die Frage aufgekommen, ob es sich überhaupt lohnt, für die Zusammenlegung zu sterben. Dabei muß die Situation berücksichtigt werden, in der der Hungerstreik begann. Der Hungerstreik wurde in einem Plenum beschlossen. Dieses Plenum fand in dem Knast von Soria statt. In der Zeit, in der die Auseinanderlegung der Gefangenen schon angefangenen hatte. Diese Entscheidung wurde getroffen unter Berücksichtigung der Situation der schon auseinandergelegten Gefangenen und der zu erwartenden Situation der Gefangenen, die beim Plenum dabei waren.
Die Situation, die sie sahen, war Folgende: In jedem Knast sollte es eine/n einzige/n Gefangene/n geben, der/die dort verdeckt ermordet werden konnte, z.B. durch Simulation (= Vortäuschung) eines Selbstmordes. Oder andererseits, daß die Wärter mit den Gefangenen alles machen konnten, was sie wollten. Beispielsweise sie zu zwingen, ihre Ideen aufzugeben. Diese Vorstellung war so extrem, daß sie unakzeptabel war. Sie bedeutete im Grunde, auf alles zu verzichten, wofür die Gefangenen gekämpft hatten. Verzichten auf das, was auf den Straßen und in den Knästen erkämpft wurde. D.h., daß du als politische/r Gefangene/r, als Person, respektiert wirst. Die Situation war so drastisch, daß der Hungerstreik beschlossen wurde. Dabei wurde mit einbezogen, daß Gefangene dabei sterben könnten. Das bedeutet nicht, daß es eine Bereitschaft zum Sterben gab, sondern viel eher, dieses Risiko zu akzeptieren um das zu erreichen, was wir wollten. Der Hungerstreik hat sich in einer unerwarteten Weise verlängert. Am Anfang dachten wir nicht, daß es so lange gehen könnte. Die Regierung hat es durch die Zwangsernährung geschafft. Aber im Wesentlichen hat sich die Zielsetzung des Hungerstreiks nicht verändert. Für die Gefangenen ist die zentrale Forderung, daß sie in einem Knast zusammengelegt werden und daß sie als Personen respektiert werden.
Warum ist dieses Ziel so wesentlich für die Gefangenen? Weil sie andernfalls auf einer stillen Weise ermordet oder zerstört würden, ohne daß es jemand mitkriegen würde. Den Hungerstreik muß man nicht nur im Zusammenhang mit dem Kampf, mit der Zusammenlegung der momentanen Gefangenen sehen. Der Hungerstreik zielt auch auf die Zukunft, für zukünftige Gefangene, die jetzt noch auf der Straße sind. Der Hungerstreik bedeutet auch politisch: Widerstand gegen eine Regierung zu leisten, die sich allmächtig sieht, die in allen sozialen Bereichen ihre Entscheidung durchsetzen will. Das bedeutet auch für alle Widerstandsbewegungen jenseits des Knasts, daß man widerstehen kann und sogar auch siegen kann. Und daß es die einzige Weise ist, auf der es weitergehen kann, um den Staat zu besiegen.

RDL:
Wie sieht es momentan aus? Diskutieren die Gefangenen den Hungerstreik nach so einer langen Zeit? In dieser Situation nach einem Jahr Hungerstreik, wie wird das von den Gefangenen diskutiert?

Victor:
Auf die Frage, wie der Hungerstreik unter den Gefangenen diskutiert wird: Es ist fast unmöglich -die Gefangenen sind auseinandergelegt, ohne daß sie die Möglichkeit haben, mit ihren Verwandten oder AnwältInnen zu sprechen. Jede/r Gefangene muß für sich selbst entscheiden, ob er/sie den Hungerstreik fortsetzt oder ob er/sie aufhört. Es ist fast eine individuelle Entscheidung. Die Koordination ist minimal. Die Gefangenen sind in eine Situation gebracht worden, in der es kein "Zurück" mehr gibt. Die Gefangenen sind praktisch zerstört. Auch wenn sie beschließen würden, "lassen wir den Hungerstreik, und der Kampf soll irgendwie anders weitergehen", wären sie schon durch die lange Dauer des Hungerstreiks total zerstört. Es gibt kein "Zurück". Die einzige Möglichkeit, daß sie aufhören, ist, daß die Hauptziele erreicht werden. Das Hauptziel bleibt die Zusammenlegung. Es gibt GenossInnen, die total zerstört sind. Die haben nichts mehr zu verlieren. Manche, die vor ein paar Monaten den Hungerstreik unterbrochen hatten und sich theoretisch wieder erholt haben sollten, die können nicht mal stehen. Sie müssen sich mit Rollstühlen fortbewegen, sie haben den Gleichgewichtssinn verloren. Deswegen wird der Hungerstreik fortgesetzt. Es wird nicht einfach gesagt, wir lassen

es sein und es wird draußen anders, oder, der Kampf wird draußen anders fortgesetzt. Es muß berücksichtigt werden, daß der Hungerstreik einer von vielen sozialen Kämpfen ist. Wenn z.B. in einer Fabrik die ArbeiterInnen streiken, müssen sie die größte Last des Kampfes tragen. Sie müssen an der Spitze des Kampfes sein. Man kann da nicht fordern, daß, wenn sie den Streik aufhören, andere Fabriken den Streik für sie weitermachen. Das Wichtigste, um diesen Kampf fortzuführen, ist, daß diese ArbeiterInnen den Kampf fortsetzen, weil sie eben die Hauptinteressierten und Hauptbetroffenen sind. Sie sind die Avantgarde dieses Kampfes und müssen ihn eben fortsetzen. Sogar wenn von Seiten der Unterstützerbewegung schlapp gemacht wird, aufgrund von Ermüdung. Dann müssen sie diejenigen sein, die weiter dran bleiben. Im Falle einer Fabrik ist es verständlicher. Aber im Falle der Gefangenen ist es genau das Gleiche. Wenn es seitens der Solidaritätsbewegung Ermüdungserscheinungen gibt, würden die sich verstärken, wenn die Gefangenen den Kampf aufgeben würden.
Auf die aktuelle Situation bezogen bedeutet das, daß - wie es jetzt auch ist - draußen aufgrund der Dauer des Hungerstreiks die Unterstützung nachläßt, dies noch mehr Grund dafür ist, daß die Gefangenen weitermachen.

Wenn sie aufgeben würden, würden sie physisch zerstört sein und dazu hätten sie ihre Ziele überhaupt nicht erreicht. Deswegen ist es sehr wichtig, daß sie weitermachen. Und gleichzeitig fördern sie im Rest der Bewegung weiterhin die Unterstützung. Sie halten diese Flamme noch lebendig.

RDL:
Wie schätzt ihr die Situation der PSOE-Regierung ein? Regierungen in anderen Ländern, in Frankreich, der BRD haben immer sehr hart reagiert - wie schätzt ihr die Situation für Spanien ein?

Victor:
Die Regierung der PSOE hat in den letzten Jahren gegenüber sozialen Bewegungen immer ihr Ding durchgezogen. Sie hat immer nur die Alternative gegeben, mit Gewalt oder ohne Gewalt. Sie fühlen sich kräftig, allmächtig, haben die Waffen und die Macht. Dem Gegenüber soll es keine Chance zu siegen geben. Das ist die Zusammenfassung, was die Regierung in den letzten Jahren gezeigt hat. Demgegenüber gibt es nur zwei Alternativen: Entweder anzuerkennen, daß die Regierung die Waffen hat und dieser Kraft auch nachzugeben. Oder zu sehen, was die revolutionäre Bewegung, die Avantgarde propagiert hat, daß die Regierung politisch die schwächere ist, daß ihre einzige Argumentationsweise die Argumentation der Waffen ist. Und daß die Regierung politisch sehr isoliert ist.

Die einzige Weise, die Forderungen der Gefangenen (Anm.: Schluß mit der Isolationshaft und der Vernichtung der Gefangenen; Gegen das Auseinanderreißen; Kampf für die Wiederzusammenlegung) durchzusetzen, ist, fortzufahren im Kampf der verschiedenen sozialen Bewegungen, dafür weiterzukämpfen, auch wenn es sehr hart ist. Aber die einzige Weise, etwas zu erreichen, ist zu kämpfen, sich dem Staat, dem System entgegenzusetzen. Man muß dabei einiges riskieren. Aber das ist die einzige Weise, sie zu besiegen. Also bleiben nur diese zwei Möglichkeiten: entweder ihre Allmacht zu akzeptieren und den Kopf zu ducken, oder zu kämpfen und dabei zu schauen, daß die Kämpfe der verschiedenen sozialen Gruppierungen zusammenfließen. Und jedesmal stärker zu werden und sie am Ende zu besiegen. Deswegen muß man den Hungerstreik der Gefangenen der PCE(r) und der GRAPO in diesem Zusammenhang sehen. Und daß die Gefangenen die Bedingung, die die Regierung stellt, nicht akzeptieren werden. Weil die Bedingung bedeutet, daß sie praktisch liquidiert werden. Man kann es auch so zusammenfassen: Sie können uns töten oder umbringen, aber sie werden nicht siegen! Das beschreibt ein bißchen die momentane Situation im Hungerstreik. Der Staat mit seiner ganzen Macht und seinen ganzen Mitteln, durch die Manipulation der Kommunikationsmedien, durch die Zwangsernährung, durch das Anfesseln der Gefangenen an ihre Betten, hat es trotzdem nicht geschafft, die Gefangenen zu besiegen. Die Gefangenen sind noch da. Sie kämpfen weiter und wissen, daß sie bei diesem Versuch sterben können und daß viele von ihnen sterben werden, und das ist sicher. Ihnen wird keine andere Wahl gelassen: entweder weitermachen oder aufgeben. Vielleicht versteht ihr allmählich, worum es geht. Entweder aufzugeben, oder zu kämpfen, soweit es geht. Alles andere ist nebensächlich. D.h., wenn die Solidaritätsbewegung auf der Straße stark ist - um so besser. Das ist ja, was wir wollen, daß die Bewegung auf der Straße immer stärker wird und immer organisierter und mehr wird. Und daß es auch immer politischer wird. D.h., daß es nicht auf die Zusammenlegung reduziert ist, nicht nur auf gewerkschaftliche Forderungen reduziert, und daß die Bewegung auf der Straße versteht, daß all diese Forderungen nur erreicht werden, wenn dieser Staat abgeschafft wird.
Ich weiß nicht, ob ich mich richtig erkläre. Da ist eine Verbindung zwischen den Gefangenen und der Bewegung auf der Straße. Wenn die Bewegung aufgrund des sehr langen Kampfes nachläßt, weil sie keine weiteren Möglichkeiten mehr sieht, oder weil sie sich anderen Kämpfen zuwendet. Was sollen die Gefangenen machen? Es geht um ihr eigenes Leben. Vielleicht sagen, wir können nicht mehr, wir geben auf und sie sollen mit uns machen, was sie wollen? Das können sie jetzt in der aktuellen Situation nicht machen. Das Kampfmittel des

Hungerstreiks beinhaltet das Wertvollste, was die Gefangenen haben, d.h. ihr eigenes Leben für ihre Forderungen einzusetzen. Ihre Gesundheit und körperliche Integrität haben sie schon verloren. Ihnen bleibt keine andere Wahl, außer weitermachen. Und was das anbetrifft, was wir auf der Straße machen können, das ist, sie zu unterstützen, soweit es geht. Und versuchen, daß die Bewegung wieder in Gang kommt, daß immer mehr Solidaritätsaktionen gemacht werden. Und versuchen, daß das Bewußtsein geschaffen wird, daß es in zukünftigen Kämpfen notwendig ist, zusammen zu kämpfen. Und aufzeigen, daß es möglich ist, zu kämpfen, sich dem Staat entgegenzustellen, auch wenn oft dabei das eigene Leben verloren gehen kann. Aber das ist ja immer so in revolutionären Kriegen gewesen. Es hat keinen revolutionären Krieg gegeben, bei dem keine Revolutionäre gestorben sind. Die Regierung, die wir gegenüber haben, ist keine humane Regierung. Es ist eine Mörder-Regierung, die keine Gelegenheit verpaßt hat, um das zu zeigen. Wenn sie verdeckt worden kann, um so besser. Aber sie kann es auch frontal und offen machen. Das wichtige ist, daß diese Opfer, die stattfinden, dazu dienen, weiterzugehen, daß es weiter gehen kann. Damit diejenigen, die später kämpfen werden, sich weniger opfern müssen. Aber Verluste wird es immer geben.
Wovon hängt es ab, soweit zu kommen? Einerseits von der Regierung, die die Gefangenen zwingt, so weit zu gehen. Und andererseits von den Gefangenen, die die Wahl haben, entweder zu sagen, bis hier bin ich gekommen, ich kann jetzt nicht mehr geben oder zu sagen, ich mach weiter bis zum Ende. Und sie haben gesagt, sie gehen bis zum Ende. Zumindest ein Teil von ihnen, die, die wissen, daß sie nichts mehr zu verlieren haben in diesem Kampf.

RDL:
Mit der Position habe ich ein paar Probleme: und zwar deshalb, weil sie scheinbar sehr dogmatisch ist. Ist nicht jeder Hungerstreik ein Kampf für das Leben? Wäre es nicht sinnvoll, an dem Punkt des Streiks, wo klar war, also ca. nach einem Jahr, daß es da für die Hungerstreikenden kein Leben mehr geben wird, also Gefangene sterben werden, auch wenn sie aufhören - oder vollkommen körperlich ruiniert sind, wäre es an diesem Punkt nicht sinnvoll gewesen, in eine andere Kampfphase einzutreten, das Leben zu bewahren, das Leben langfristig einzusetzen gegen die Isolationsfolter und andere brutale Haftbedingungen?
An der Konsequenz des Kampfes der Gefangenen kann ja wohl nach einem Jahr Hungerstreik niemand mehr zweifeln.
Ich will es an einem kurzen Beispiel erklären, was ich meine: und zwar an der Hausbesetzerbewegung in der BRD - ich denke, du weißt darüber ein wenig Bescheid. Es gab in verschiedenen Städten besetzte Häuser, z.B. in Hamburg in der Hafenstraße. Relativ gleichzeitig, also 1986/87, gab es in dieser Bewegung verschiedene Tendenzen. So hat z.B. die Hafenstraße mit dem Senat verhandelt, hat einen Vertrag erhalten und ist weiterhin seit dieser Zeit bei der Mobilisierung in der BRD präsent und mitbestimmend an verschiedenen Punkten. Von anderen Städten wurde diese Verhandlungs-Position teilweise angegriffen, unter dem Motto: "Kein Dialog mit den Herrschenden". Also eine ähnliche Position, wie ihr sie vertretet. Diese Häuser wurden geräumt, die Bewegung flaute recht bald ab und heute ist davon so gut wie nichts mehr zu spüren.
Das hat bestimmt auch damit zu tun, auf so einer starren Position zu verharren, die nach außen kaum mehr erklärt wurde, und vielleicht auch kaum erklärt werden konnte. Wie siehst du das im Vergleich zu den Gefangenen im Hungerstreik?

Victor:
Das Problem ist einfach: Die Gefangenen mauern nicht gegen Verhandlungen, um ihre Rechte zu erlangen. Auch wenn nicht alles sofort erfüllt wird. Das Problem ist, daß die Regierung gegen Verhandlungen gemauert hat, daß es nicht die Möglichkeit gab, zu einer Verständigung zu kommen.
In dem Fall, den du da aufstellst, mit den besetzten Häusern, da ist es einfacher: man muß flexibel sein. Je nach den eigenen Kräften kannst du mehr oder weniger Forderungen an den Feind stellen. Du kannst eine Situation halten, die es dir erlaubt, in der Zukunft weiter voran zu schreiten, wie es der Fall der Hafenstraße ist. Aber dieser Fall ist anders. Im Fall, daß die Häuser verloren werden, ist es auch nur das, daß Häuser verloren gehen. Dabei verlierst du die Besetzungen, aber du wirst dabei nicht umgebracht. Im Fall der Gefangenen ist es aber so. Wenn sie ihre Ziele nicht erreichen, werden sie liquidiert. Es gibt sehr konkrete Beispiele, wo Gefangene in den Gefängnissen ermordet wurden. Die Gefangenen sind total isoliert in den Knästen. Es gab Bedrohungen und Drohungen, daß sie ermordet werden durch angebliche Selbstmorde oder durch angebliche Streitereien mit sozialen Gefangenen. Das war bei einigen sehr herausragenden Personen der Bewegung so. Das ist halt so, und ein Aufgeben oder Zurückgehen bedeutet, zu akzeptieren, daß die Regierung mit dir macht, was sie will. Daß sie dich einfach so liquidieren kann, ohne daß du etwas sagen kannst oder daß es überhaupt jemand mitkriegt.
Es gibt kein zurück -- und andererseits gibt es auch nicht die Möglichkeit einer Verständigung.
Vor einigen Monaten ließ die Regierung Gerüchte aufkommen, nach denen es eine Verhandlung in Burgos gab. Das stimmt aber nicht. Es gab Angebote der Regierung, aufzugeben, und daß sie danach großzügig sein

würden. Ohne daß es dabei aber zu irgendwelchen Abkommen kommen könnte. Und das war unakzeptabel. Mit diesen Gerüchten wollte die Regierung, daß Proteste gestillt werden. Die Proteste, die sogar innerhalb anderer Sektoren des Staates aufkamen. Sie wollten ihnen den Mund schließen, weil diese Leute Druck auf den Staat ausübten, das Problem des Hungerstreik der GRAPO und PCE(r) zu lösen. Und das haben sie z.T. geschafft. Aber das mit den Verhandlungen war gelogen. Sie hatten überhaupt keine Absicht, die Probleme zu lösen. Es ist das Gleiche wie bei den Verhandlungen mit dem bewaffneten Kampf. Sie wollten eigentlich nicht mit den bewaffneten Organisationen verhandeln, sie wollten nur ihre Position durchsetzen, nämlich nur, daß die Waffen niedergelegt werden. Daß sie aufgeben, und daß sie dann großzügig sein werden, daß sie vielleicht einige aus dem Knast entlassen werden. Aber das ist unakzeptabel. Die Haltung der Regierung ist folgendermaßen: Ihr gebt auf, und dann werden wir schon sehen, was wir machen. Die Regierung läßt da keinen Ausweg, es gibt da keinen Mittelweg, keine Möglichkeit einer Verhandlung. Ich weiß nicht, ob ich damit deine Frage beantwortet hab.

RDL:
Gibt es konkrete Anzeichen für versuchte Morde? Kannst du etwas genaueres sagen?

Victor:
In Deutschland gibt es sehr deutliche Beispiele. Der Fall von Ulrike oder von Andreas und ihren GenossInnen. Und wenn das mit einer sozialdemokratischen Regierung passiert ist, vor 15 oder 20 Jahren, dann ist es jetzt genauso hier zur Zeit mit den spanischen Sozialdemokraten.
Am Anfang des Hungerstreik gab es Fälle, bei denen sie versuchten, GenossInnen im Knast mit AIDS anzustekken. Es gibt nicht beweisbare Fälle von Vergiftungsversuchen durch das Essen. Man kann nicht sagen, daß die 80, 200 oder 400 Gefangenen alle ermordet würden, aber schon, daß einige GenossInnen, daß einige RevolutionärInnen ausgesucht würden, um sie zu liquidieren. Und bei den restlichen Gefangenen würde sich eine Situation der ständigen Erpressung durch die GefangenenwärterInnen einstellen. In dem Sinne, daß sie ständig Schikanen und Prügel ausgesetzt würden. Man muß also die Liquidierung nicht als eine physische interpretieren. Das wäre ein zu extremer Fall, daß diese Regierung die 400 Gefangenen ermorden würde - aber schon auf eine selektive Weise. Es gibt Bedrohungen und es gibt auch sehr konkrete Daten. Ihr kennt bestimmt die GAL (Anm.: Eine Art Todesschwadron. Offizielle Bezeichnung: "Anti-Terror-Gruppe". Wird von der spanischen Regierung aus der Staatskasse über "Sonderfonds" bezahlt. Verübten über 50 zur Hälfte tödliche Attentate gegen Basken.).
Sie haben 5 Jahre lang Revolutionäre der ETA im Ausland ermordet. Sie wurden durch verdeckte Fonds des Staates finanziert. Das sind Geldmittel, die nicht bekannt gegeben werden, wofür sie gebraucht werden. Seit zwei Jahren sind solche verdeckte Fonds, sind 2 Milliarden Pesetas solcher verdeckten Geldmittel auch für die Knäste bestimmt worden. Es sind also keine Spinnereien. Es gibt konkrete Daten - sie sind da. Wir konnten also nicht warten, bis diese Ermordungen stattfinden und dann den Kampf in einer noch schwächeren Position anfangen. Was könnte ich noch hinzufügen?
Stellt Euch vor, wenn die Regierung es geschafft hat, mit dem ganzen Propagandaapparat, öffentlich die Gefangenen ein Jahr lang gefesselt an ihren Betten zu halten und die Folter der Zwangsernährung durchzuführen, was hätten sie nicht tun können mit jedem/r Gefangenen, alleine isoliert und ohne jede Möglichkeit einer Kommunikation nach außen?
Es gibt auch andere, konkrete Fälle von GenossInnen der ETA, die bis zum Selbstmord getrieben worden sind. Vielleicht waren es nicht die Gefängniswärter, die ihnen den Strick um den Hals gelegt haben, aber sie haben sie dazu gebracht. Durch psychischen Druck, durch Isolation, durch Bedrohungen. Es gibt noch einen anderen Fall von einem kürzlich Verhafteten. Einem Genossen der ETA, einem französischen Genossen, Henri Parôt, der einem sehr bekannten Kommando angehörte, das im spanischen Staat agierte und aus Franzosen bestand. Genossen von ihm kommentierten, daß er kurz nach seiner Verhaftung am Ausrasten war. Und warum? Weil ständig vermummte Guardia Civiles (Anm: = Militärische Polizei) in seine Zelle reinkamen, um ihn zu verprügeln, bis sie ihn kurz vor den Wahnsinn getrieben hatten. Das ist eine reelle Situation. Und das, obwohl der Hungerstreik lief. Weil der Hungerstreik ihre Pläne doch gebremst hat, was den Genossen der ETA und GenossInnen von uns anbetrifft. Das ist eine Reale Situation. Es gibt keine Wahl.
Die andere Option wäre Folgende, plastischer dargestellt: Es wäre, als wenn ich dich fesseln würde, und dann erstechen würde. Dabei würdest du dich natürlich wehren. Aber wenn ich dir dann sagen würde, laß dich fesseln und ich werde dann mit dir großzügig sein - dann ... Es ist eine Situation, die keinen Ausweg hat. Entweder wehrst du dich soweit es geht, oder du läßt zu, daß du gefesselt wirst und letzten Endes ermordet wirst. Es gibt keine andere Möglichkeit, im Knast zu überleben, ohne daß du die Garantien erlangst, bzw. bekommst, daß du respektiert werden wirst, daß du mit deinen GenossInnen sein kannst, um dich zu verteidigen.
Es gibt noch ein anderes Beispiel: Es ist ein Fall von einem älteren Genossen, der auch im Hungerstreik ist. Francisco, einer der Führer der GRAPO. Er war während des Hungerstreiks in einem andalusischen Krankenhaus

isoliert. Und er konnte einen Ermordungsversuch von Seiten der Guardia Civil abwenden. Er stellte fest, daß, während er angeblich schlief, aber er war noch wach - die Guardia Civiles dachten aber, er würde schlafen - daß die Guardia Civiles planten, einen Befreiungsversuch zu inszenieren. Sie hatten schon zwei andere Guardia Civiles vor der Tür gefesselt und dann diskutierten sie zwei Möglichkeiten: Entweder, daß er bei der angeblichen Befreiung abstürzte oder daß sie ihn bei der angeblichen Flucht erschießen. Er durchkreuzte ihre Pläne, indem er die Ärzte benachrichtigte, die die ganze Nacht über bei ihm blieben, wodurch dieser Ermordungsversuch scheiterte.

Bei zwei anderen Genossen, die nach einigen Monaten den Hungerstreik unterbrachen und zu dem Krankenhaus in Lobroño gebracht wurden, passierte etwas Ähnliches. Sie entdeckten den Versuch einer Simulation einer Befreiung durch ein Kommando, bei dem sie dann ermordet werden sollten. Um das zu verhindern, unterbrachen sie den Hungerstreik, um die Angehörigen und die AnwältInnen zu benachrichtigen.

Ihr habt da erwähnt, daß in anderen Ländern, in der BRD oder der Türkei, die Gefangenen überleben können, auch wenn die Knastbedingungen sehr hart sind; daß sie trotzdem überleben können. Das wäre schön, wenn es auch hier so wäre.

Hier muß man auch etwas berücksichtigen: Die Erfahrung, die die spanische Regierung aus diesem Hungerstreik der GRAPO zieht, sind neue Erfahrungen, die auch auf andere Länder später angewendet werden können. Durch die immer größer werdende Kooperation der europäischen Länder. Genauso wie die spanische Regierung Erfahrungen aus anderen Ländern wie der BRD und aus den vereinigten Staaten übernommen hat, wird sie diese Erfahrungen auch weitergeben an die anderen Länder. Und das wissen die GenossInnen der RAF genau. Das wird große Folgen haben. In einer Erklärung, die die RAF unterschrieb mit dem Namen "Kommando Manuel Sevillano" (Anm.: M. Sevillano starb in Spanien am 25.5.90 nach 177 Tagen Hungerstreik) heben sie diesen Aspekt hervor.

Was dann einem/einer Gefangenen passiert, kann dann auch den anderen Gefangenen passieren. Jetzt benutzen sie die Gefangenen auch als Geiseln gegenüber der Bewegung.

Der Kampf, den die Gefangenen der GRAPO führen, ist ein sehr sehr harter Kampf. Mit einem enormen Opfer. Ja sogar ein heldenhafter Kampf. Und meistens ohne die Unterstützung, die man von außen erwarten könnte. So ist es. Aber sie haben sonst keine andere Wahl. Entweder weitermachen oder aufgeben. Für die, die wir draußen sind, bleibt nichts anderes übrig, als die Unterstützung zu fördern. Wenn die Unterstützung heute gering ist, dann müssen wir eben zusehen, daß sie morgen größer wird. Und werden die Gefangenen ermordet, dann müssen wir zuschauen, daß es nicht ohne Öffentlichkeit geschieht, daß möglichst viele Leute davon etwas erfahren. Und daß alle erfahren, daß diese Regierung eine mörderische Regierung ist. Daß dieses Image, das diese Regierung dem Rest der Welt vorgaukelt, ein falsches ist. Damit ist das humanitäre und liberale Image gemeint. Während der Zeit der PSOE-Regierung, die theoretisch links steht - was überhaupt nicht stimmt, weil sie total rechts steht - sind mehr revolutionäre und soziale Kämpfer ermordet worden, als während jeder anderen Regierung davor. Sogar während der Diktatur von Franco.

Wir sagen, daß dieses Regime ein faschistisches Regime ist. Es ist allerdings nicht der typische Faschismus von Uniformen, Stiefeln und Panzern auf der Straße, sondern ein viel verfeinerter Faschismus. Verfeinert und verdeckt. Die kapitalistischen Regime haben nach der Niederlage im 2. Weltkrieg einiges dazugelernt. Wenn es nicht anders geht, können die kapitalistischen Regime auch total brutal sein. Aber sie versuchen immer, soweit es geht, ein anderes Erscheinungsbild zu geben. Sie versuchen, demokratisch zu erscheinen. Durch die Verteidigung der "Demokratie" ermorden sie und werfen die ArbeiterInnen aus den Fabriken raus, verhaften die Leute auf der Straße und foltern in den Knästen, aber noch mehr in den Polizeirevieren. Und sie werden nicht aufhören, es zu tun, weil sie ansonsten ihre Gewinne und ihre Privilegien auf's Spiel setzen würden. Aber die Repression, je brutaler, fordert auch Widerstand heraus. Deswegen versuchen sie, die Repression selektiv anzuwenden, daß sie nicht allgemein erscheint. Die Mitglieder der PSOE haben sehr gut aus der Zeit, in der sie auch bei den sozialen Kämpfen dabei waren, gelernt. Wenn sie heute Repression anwenden, tun sie das ganz selektiv. Sie wissen, wie wichtig es ist, zu verhindern, daß Kämpfe zusammenkommen und daß Solidarität aufkommt. Zuerst machen sie einen Widerstandsbereich platt und danach gehen sie zum Nächsten - und in den bürgerlichen Medien erscheint nichts darüber. Isolierte Lohnkämpfe bringen überhaupt nichts, weil sie im nächsten Jahr wieder rückgängig gemacht werden.

Die Gefangenen der GRAPO haben schon mehrere Hungerstreiks gemacht, so ist es jetzt zu dieser letzten Schlacht gekommen. Das wird nicht aufhören, bis wir dieses Regime zu Fall gebracht haben und was anderes aufbauen können. Etwas anderes, das durch die ArbeiterInnen dirigiert wird und im Dienste der ArbeiterInnen steht. Das kostet eine riesige Anstrengung.

Sie haben viele Kommunikationsmedien - Fernsehen, Zeitschriften, Radios - die ständig ihre Botschaften rüberbringen und die Leute einschläfern und belügen. Was wir dagegen aufbauen können, ist die Herausgabe einer einzigen Zeitschrift oder Zugang zu einem freien Radio. Aber im Vergleich ist es sehr wenig. Und in diesem Zu-

sammenhang hat der bewaffnete Kampf eine große Bedeutung, weil er einen großen propagandistischen Wert hat. Eine gut ausgewählte, bewaffnete Aktion können sie nie verschweigen. Z.B. wenn während eines Arbeitskampfes die Lager der Fabrik zerstört werden oder eine sehr reaktionärer Politiker angegriffen wird. Da sind bewaffnete Aktionen gleichwertig mit den Kommunikationsmitteln. Das ist die einzige Weise, auf der man mit ihrer Propaganda konkurrieren kann und mit ihren Kommunikationsmitteln. Ohne natürlich alles andere zu vergessen. Wenn wir eine Zeitschrift rausgeben können, auch wenn sie nur 4- oder 5000 Leute lesen können, so ist dies auch gut.

RDL:
Habt ihr euch nicht auch überlegt - wie letztes Jahr politische Gefangene in der BRD (Anm.: Frühjahr 1989) oder 1981 IRA-Gefangene - den Streik nacheinander anzufangen, damit nicht alle gleichzeitig in eine lebensbedrohliche Situation kommen?

Victor:
Bei Mitgliedern der IRA ist es ein bißchen anders. Ihre Strategie im Hungerstreik war anders. Zuerst einer, dann ein anderer, dann noch ein anderer. Das haben wir in anderen Hungerstreiks auch so gemacht. So massenhafte Hungerstreiks haben wir ganz selten gemacht. Wir haben es so gemacht, um Kräfte zu sparen. Es fingen dann zuerst zwei Genossen an und danach zwei andere und zwei andere und erst wenn die Situation der ersten sich verschlechterte, kamen dann alle zusammen dazu, um der Aktion größere Resonanz zu geben. Dann konnten die Ziele erreicht werden. Aber in dieser Schlacht haben wir es ganz anders gesehen wegen der Zwangsernährung. Wenn zwei GenossInnen angefangen hätten und dann sofort zwangsernährt würden, hätte das nach außen keine Resonanz. Um die Zwangsernährung zu erschweren, sind wir alle in der Hungerstreik getreten. Und das ist uns am Anfang auch gelungen. In den Knästen konnten sie keine Zwangsernährung machen. Am Anfang weigerten sich auch Ärzte, mit den Richtern gab es Schwierigkeiten. Es ist nicht das Gleiche, einen Hungerstreik von 5 oder 6 Personen unter Kontrolle zu halten, oder einen Hungerstreik von 60 Personen, wie wir es am Anfang gemacht haben. Von daher ist die Situation anders.
In Irland, die Gefangenen waren in England, wurde die Zwangsernährung nicht durchgeführt. Sie ließen die Gefangenen sterben, weil sie meinten, daß in England praktisch nichts dagegen passieren würde. Daß es vielleicht in Nordirland Antworten geben würde, aber sonst nichts - nur da etwas mehr, wie es auch so war. Sie ließen 12 Genossen der IRA sterben und sonst passierte nichts. Deswegen beschlossen die Genossen der IRA, den Hungerstreik zu unterbrechen.

Hier ist es aber ganz anders. Die Regierung, die, wie wir vorher sagten, in einer politisch sehr schwachen Situation ist, in der sie sogar untereinander große Schwierigkeiten haben, konnte sich nicht erlauben, daß es viele Tote gäbe. Deswegen wendete sie von Anfang an die Zwangsernährung an. Wenn es keine Zwangsernährung gegeben hätte, wenn ein oder zwei oder drei GenossInnen gestorben wären, vielleicht hätten sie dann nachgegeben. Aber da sie von Anfang an die Zwangsernährung anwendeten, konnten sie den Hungerstreik kontrollieren. Und sie schafften, daß es sich so arg verlängerte. Und deswegen wurde auf der Straße die Unterstützung auch mit der Zeit geringer. Es gibt einen nicht öffentlichen Kommentar vom Direktor der Gefängnisanstalten. Demnach warteten sie, bis 4 oder 5 sterben, und hätten dann nachgegeben. Und jetzt erreichen sie, daß sich der Hungerstreik auf unabsehbare Zeit verlängert. Damit erreichen sie, daß sich die Solidaritätsbewegung auf der Straße erschöpft, daß sich die Gefangenen ebenfalls erschöpfen und die Moral verlieren, sodaß sie den Kampf aufgeben. Danach könnte alles, was dann passiert, ohne Öffentlichkeit geschehen. Und bislang ist die Situation auch so.
In Irland war es eine andere Sache. Sogar in den ausgedehnten Hungerstreik in der BRD oder in Frankreich war die Bewegung, die Solidaritätsbewegung auf der Straße, anders. Die Regierung war auch stärker, hatte eine größere Tradition und war politisch nicht so isoliert, wie die PSOE-Regierung. Sie konnte sich erlauben, daß mehr Leute starben. Hier aber ist nur Sevillano Martin gestorben - und das wollten sie eigentlich nicht, das war für sie aus Versehen. Für sie wäre es besser gewesen, wenn er nicht gestorben wäre.
In einem Hungerstreik davor (Anm.: 1981), in der Schlacht von Herrera de la Mancha starb Crespo Galende. Erst danach akzeptierten sie die Forderungen. Es war ein großer Skandal.
Auf die Frage, ob die spanische Regierung jetzt im europäischen Rahmen koordinierter und integrierter ist: Ihre Kraft bezieht sie eher aus dem Bild, welches sie nach außen vermitteln: Daß sie progressiv und liberal sind. Das gibt ihnen noch einen gewissen Rückhalt. Nach dem Tod von Martin Sevillano gab es viele Anklagen. Und da der Hungerstreik zu der Zeit schon sehr lange ging, waren die Proteste nicht mehr stark genug. Kurz danach kontrollierten sie die Situation wieder. Sie machten kurz so, als ob sie verhandeln wollten, aber danach haben sie wieder alles in aller Stille so weitergeführt. Sie warteten, daß die restlichen Gefangenen den Hungerstreik aufgeben und sich ergeben. Sie warten, bis die Gefangenen aufgeben. Danach würden sie dann vielleicht großzügig sein.

RDL:
Wir danken dir für dieses Gespräch.

ANTIFA

1

WUNSIEDEL RUNDBRIEF

11.3.91

Hallo FreundInnen und GenossInnen!

Wir schicken heute zum erstenmal den Antifa-Wundsiedel Rundbrief raus. Angeschrieben haben wir all die Städte (und Personen), mit denen wir auch letztes Jahr für die Vorbereitung der Demo in Wunsiedel (August 90) in Kontakt standen.

Da die Überlegungen an einer Demo in Wundsiedel im August 91 anlaufen, wollen auch wir die Kontakte zu euch wieder aufnehmen. Wir versuchen ab jetzt diesen Rundbrief regelmäßig rauszubringen. Wir wollen damit ab sofort Informationen, Einschätzungen usw. weitergeben, laufende Diskussionen so gut wie möglich vermitteln und vorallem euch von Anfang an . in die Vorbereitungen mit einbeziehen.

Kurz zum letzten Jahr

An der Fascho-Demo beteiligten sich ca. 1200 Neo-Nazis, ca. 100 haben den Aufmarsch nicht erreicht. Die hohe Beteiligung der Faschos in Wunsiedel im Vergleich zu den Vorjahren hing auf jeden Fall mit der Annexion der DDR zusammen.
Bei der Gegendemo waren ca. 2500 Menschen . Unser "Konzept" beinhaltete, daß wir nach unserer Demo die Route der Faschos be- bzw. verhindern wollten. Das war teilweise ganz schön chaotisch.
Erst im nachhinein haben wir erfahren, daß es stellenweise ganz schön knapp war, den Fascho-Aufmarsch zu kreuzen, bzw. daß der "Gedenkmarsch" fast verboten worden wäre, weil so viele AntifaschistInnen in der Stadt waren.(die Zahl ist von den Bullen abs. htlich noch nach oben gesetzt worden)

Zu diesem Jahr

Seit letztem August ist viel passiert. Die Faschos organisieren sich u.a. in Schlägertrupps, treten immer öfter offener mit Waffen auf. Nach wie vor werden AsylantInnen, AusländerInnen, Linke, Frauen... auf offener Straße angegriffen. Die Bedrohung der AsylantInnen in der ehem. DDR ist momentan so akut, daß diese Menschen von ihrem "Zufluchtsort" flüchten müssen.
2 Menschen wurden im Winter von Neonazis ermordet, Alex aus Göttingen, ein Kurde aus der Nähe von Koblenz.
Bei Neugründungen von Parteien und Organisationen haben bestimmte "führende" Personen ihre Finger mit im Spiel wie z.B. M. Kühnen wie z.B. bei DA und NA. Und auf der Ebene des breiten "nationalen" Konsens sagt die FAP der Nationalen Offensive kräftige Unterstützung für den Aufbau der NO bundesweit zu...

Wir finden, Wunsiedel hat nicht an Bedeutung verloren, solange die "militante" Rechte dort ihre Inhalte, Propaganda und "Einigkeit" so offen zur Schau stellen kann. In Wunsiedel marschieren die Faschisten zusammen, die Verfolgung bis zum Mord zu ihrem Programm gemacht haben.

Wir finden es wichtig, von euch zu hören, wie bei euch das Interesse für eine Demo in Wunsiedel ausschaut. Redet doch mal darüber und laßt es uns dann hören. Bei Interesse gibts auch die Möglichkeit, ein bundesweites Nachbereitungstreffen zu organisieren.

Für die Öffentlichkeitsarbeit zu Wunsiedel gibts anzubieten:

1. Ausstellung

► „Die Männer fürs Grobe - der schlagende Arm der rechten Bewegung". Eine Ausstellung auf 28 DIN A-1-Plakaten zu Entstehungsgeschichte, Programmatik, aktuellem Stand, Arbeitsweise der militanten Rechten. Behandelt sind FAP, NF, WJ, DFF, Nationalrevolutionäre, Rechte Hooligans, DA, NL, NO, eine Chronologie der Anschläge etc.

Preis: 100 Mark

2. Broschüre
begleitend zur Ausstellung

beinhaltet eine Zusammenfassung der Ausstellungstexte.
44 Seiten
4Mark
ab 10 St. 3,50

in bar oder Scheck bei
AK Neofaschismus PLK-Nr. 050259D , 8500 Nürnberg 1
Kto-Nr. 389 374 Blz 760 606 18

3. Video
zu Wunsiedel 90
von Archi Video, Rieterstr. 5, 8500 Nürnberg

4. Veranstaltung
Antifas, die sich speziell mit der Neuen/Alten Rechten beschäftigen, bieten an, in andere Städte zu fahren und zu diesem Thema eine Veranstaltung zu machen.
Kontakt bitte über PLK-Nr. 050259D, 8500 Nürnberg 1

So, das wars fürs erste, bis bald und rührt euch mal

beste
Grüße vom Nürnberger Antifa-Plenum

Kontaktadresse
Antifa-Plenum
c/o KOMM
Köngistr. 93
8500 Nürnberg 1

Frauenadresse
Fantifa
c/o Komm
Königstr. 93
8500 Nürnberg 1

Wichtige Termine
Bayernweites Antifa-Plenum
Samstag, 23. März
ab 14 h im KOMM

Wunsiedel-Vorbereitung
bereits ab 12 Uhr!!!

P.S.
Bitte Rundbrief unbedingt weitergeben!!!
Wir brauchen unbedingt noch Kontakte zu Gruppen in der DDR-
sind euch Adressen bekannt, die ihr an uns weitergeben könnt?

Keine "schnelle Eingreiftruppe"
Kein Militär

Keine Rekruten in die Kasernen

Trotz versuchter Blockade wurden am 2. Januar 1991 zum erstenmal Bürger der ehemaligen DDR zur NATO-Ausbildung in den Westen geschleppt. Am 2. April soll wieder ein Zug mit mehreren hundert Wehrpflichtigen von Berlin/Hauptbahnhof in die Kasernen nach Bremen fahren.

Verhindern wir den reibungslosen Aufbau und Ablauf der bundesdeutschen Militärmaschinerie.

Rekrutenzug-Blockade



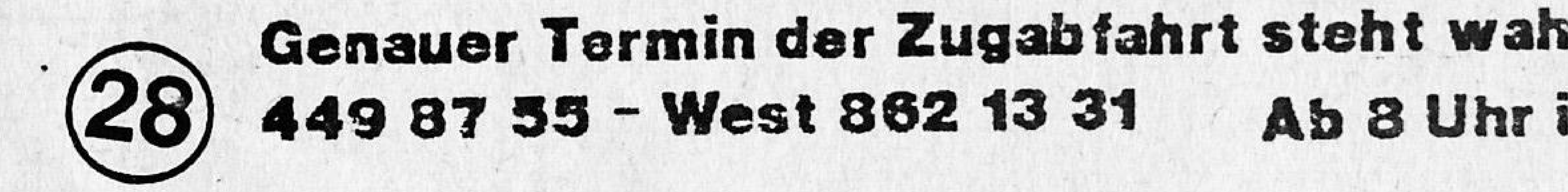
2. April vormittags Hauptbahnhof

Blockieren Sabotieren Desertieren

- Unterstützt Totalverweigerer
- Stört den Betrieb in den Kreiswehrersatzämtern
- Blockiert den Rekrutenzug

in einem Bündnis von Ostermarsch bis Autonome mit Aktionen (Einmotten vom Zug mit Wolle und Bändern) und phantasievollen Aktionen

Nehmt den Antimilitarismus in die eigene Hand!



Genauer Termin der Zugabfahrt steht wahrscheinlich in ND und taz, sonst Telephon: Ost 449 87 55 - West 862 13 31 Ab 8 Uhr ist eine Kundgebung angemeldet.

300 sowjetischen Juden droht Abschiebung

Berliner Behörden und Jüdische Gemeinde dringen auf Rückkehr nach Israel

Werden deutsche Uniformierte bald mit Brachialgewalt gegen sowjetische Juden, die über Israel in die Bundesrepublik eingereist sind, vorgehen? Folgt man den Ausführungen der Berliner Rechtsanwälte Meyer und Rosenkranz, die zur Zeit rund 300 sowjetische Juden vertreten, so ist diese kaum mehr für möglich gehaltene deutsche Perspektive in Berlin zumindest nicht auszuschließen. „Die Polizei wird nach dem 31. März wohl jene Heime, in denen sowjetische Juden momentan untergebracht sind und die privat betrieben werden, mit Gewalt räumen müssen", prophezeit Meyer, der sich nicht scheut, in diesem Zusammenhang von „Zwangsexilierung" der sowjetischen Juden zu sprechen. Etliche Familien, die während der Kriegswirren im Nahen Osten nach Deutschland ausreisen konnten und zum Teil nun getrennt in verschiedenen Unterkünften Berlins wohnen, haben Bescheide erhalten, in denen ihnen mitgeteilt wird, sie besäßen keine Aufenthaltsgenehmigung. Nach Auskünften der Anwälte wurde ihnen mit Zwangshaft und Abschiebung gedroht.Ende März wird der Senat die Sozialhilfe einstellen.

Für die rund 300 Betroffenen, die zum weitaus größten Teil kein Deutsch reden, verkündeten die Anwälte gestern im Gemeindesaal der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Berlin : „Die Flüchtlinge sind sehr, sehr konsequent, sie sind entschlossen zu bleiben. Da muß die Polizei kommen." Fast alle der von der Abschiebung bedrohten sowjetischen Juden, so erzählt Esther Margolin, die einzige, die fliessend Deutsch spricht, hätten in ihren Familien Opfer der Naziherrschaft zu beklagen.

„Wir haben die Ankündigungen im Herbst und im Winter überall mit Freude gehört, daß die deutsche Regierung ‚großzügig und unbürokratisch' und mit ‚offenen Armen' sowjetische Juden, die zu Hause unter dem ansteigenden Antisemitismus, Verfolgung und Bedrohungen zu leiden haben, aufnehmen würde. Wir haben daran geglaubt", erzählt Esther Margolin, die nicht glauben will, daß ihr die Abschiebung droht.

In der Tat hatte Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) noch im Januar ein „großzügiges" Verfahren angekündigt und unterstrichen, daß insbesondere „Einzelfallentscheidungen großzügig gehandhabt" werden sollen. Offiziell hat der Innenminister zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder keine Obergrenzen festgelegt, indes wird von einem jährlichen Kontingent von 10 000 Immigranten ausgegangen. Auch der damalige Berliner Innensenator Pätzold (SPD) hatte im Januar noch gegenüber dem Abgeordnetenhaus versprochen: „Alle nach Berlin eingereisten jüdischen Zuwanderer genießen ein Bleiberecht." Eine Jüdin: „Diese Worte deutscher Politiker wurden von uns allen, ob in der UdSSR oder in Israel, gehört." Sie wollen nicht glauben, daß es nun Juden erster und Juden zweiter Klasse für die deutschen Behörden geben soll.

Nach der politischen Vorgabe der Bundesregierung betreffen die Kontingente lediglich jene jüdischen Sowjetbürger, die direkt aus der UdSSR und im Besitz eines Visums in die Bundesrepublik gereist kommen. Die rund 300 Betroffenen, die den Ausweg über Israel eingeschlagen haben, kommen nicht in den Genuß dieser Regelung. Vielmehr werden sie nun sehr unterschiedlich behandelt, mal als Touristen, mal als Geduldete, denn sie besitzen kein Visum. „Wir haben uns den Ausreiseweg über Israel nicht ausgesucht. Für alle von uns war Deutschland das alleinige Ziel. Israel galt uns nur als Zwischenaufenthalt, um überhaupt die Sowjetunion verlassen zu können", sprach Frau Margolin am Montag für sich und ihre Schicksalsgefährten. Entweder wußten sie in Kiew oder Moskau noch nicht von den Bestimmungen, wie einige sagen, oder aber es schien ihnen unmöglich, ihr Judentum zu belegen. Anwalt Rosenkranz: „Die meisten konnten auf keine jüdischen Gemeinden zurückgreifen, die ihnen ihr Judentum attestieren konnten."

Während die Betroffenen offenbar gewillt sind auszuharren, stellt sich die Jüdische Gemeinde Berlin auf den Standpunkt, daß diese Juden „nicht im strengen Sinne sowjetische Juden sind" und daß die Menschen „es dem Staat Israel zu verdanken haben, die UdSSR verlassen zu können". Es gäbe keine Rechtsgrundlage dafür, so der Sprecher der Gemeinde, Peter Ambros, daß „Leute aus Israel" in Deutschland Sozialhilfe bekommen sollten. Diese „Zweitauswanderer" seien nur aus humanitären Gründen infolge der Kriegsbedrohung aufgenommen worden.

Es ist indes kein Geheimnis, daß der Staat Israel bei der Bundesregierung interveniert hat mit dem Ziel, so viele sowjetische Juden wie möglich in Israel zu behalten. Eine Weiterreise von Flüchtlingen nach Deutschland ist unerwünscht. Auch wenn die meisten Betroffenen noch nicht einmal einen ordentlichen israelischen Ausweis besitzen, werden sie von der israelischen Regierung – und auch von der deutschen – als israelische Staatsbürger betrachtet und beansprucht. Der israelische Botschafter in Bonn, Navon, hat noch im Januar Schäuble bedeutet, daß nur Israel die „natürliche Heimstätte" auch der sowjetischen Juden sei, weshalb in Tel Aviv eine deutsche Aufnahme sowjetischer Juden im großen Stile nicht sehr beliebt sei.

„Wir wollen aber nicht in den besetzten Gebieten angesiedelt werden, wollen uns nicht zum Instrument der israelischen Besetzungspolitik machen lassen", so Frau Margolin, die nun wie ihre Schicksalsgefährten weder einen sowjetischen noch einen israelischen Paß besitzen. Die meisten sind nun nach Angaben ihrer Anwälte Staatenlose, alle mit der Abschiebung bedroht.

Der Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Armin Tschoelpe, hat am vergangenen Montag öffentlich im Beisein des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Galinski, ultimativ angekündigt, über den 31, März 1991 hinaus werde es „ohne Wenn und Aber" keinerlei Sozialhilfeleistungen mehr geben. Auch am Mittwoch nach den Vorwürfen der Anwälte, die den Berliner Behörden „Kaltherzigkeit, Kleinkariertheit und ein großes Betrugsmanöver" vorwerfen, hält er gegenüber dem Tagesspiegel an seiner Einstellung fest. „Wir haben es hier mit israelischen Touristen zu tun, die drei, maximal sechs Monate Aufenthaltsgenehmigung eingeräumt bekommen." Die Lage sei rein ausländerrechtlich zu behandeln, und man folge damit einer bundeseinheitlichen Regelung. „Ich will nicht durch Weichherzigkeit die Schleusen öffnen und in der Bevölkerung einem Antisemitismus Vorschub leisten", meinte er – auch wenn das Ende der Sozialunterstützung just am Passahfest einsetzt. Die Betroffenen könnten ihre zu erwartende Notlage am besten dadurch beheben, daß sie nach Israel zurückreisten. Großzügigkeit habe es während der Notlage des Krieges gegeben.

Da Berlin in den letzten zehn Monaten bereits über 3000 sowjetische Juden aufgenommen habe, könne man Berlin auch keine beondere Härte vorwerfen, meinte Tschoelpe, dem die fatale Möglichkeit eines Polizeieinsatzes durchaus bewußt ist.

Eine elegante Lösung hat die Berliner Verwaltung öffentlich bislang nicht ins Kalkül gezogen: jene 300 aktuell Betroffenen in die Bundeskontingentrechnung miteinzubeziehen und in diesem Fall zu vernachlässigen, ob sie nun auf direktem Wege nach Deutschland gekommen sind oder über Israel. Doch dieser leisen Lösung stehen nun zwei laute Widerstände gegenüber: die Haltung des Staates Israel und der Jüdischen Gemeinde Berlin auf der einen Seite und die Angst vor dem Öffnen einer nicht beherrschbaren Sogwirkung, die zu weitaus größeren Zuwanderungen aus Israel führen könnte. Hier hat man Angst nicht nur vor der großen Zahl der Einwanderer, sondern noch mehr vor der ungemütlichen Reaktion der einheimischen Bevölkerung. Werden nun die Befürchtungen der Anwälte wahr, daß die sowjetischen Juden bald in Zwangshaft genommen werden „und hinter Stacheldraht Hofgänge machen?"

Rüdiger Scheidges

Polizei räumte besetzte Häuser

RIO DE JANEIRO, 22. März (AFP). Einheiten der brasilianischen Militärpolizei sind am Donnerstag gegen die Besetzer von 380 Häusern in einem im Bau befindlichen Viertel von Rio de Janeiro vorgegangen. Laut Polizei hatten sich 400 Familien aus den Elendsquartieren (Favelas) der Stadt an den Besetzungen beteiligt. Die Polizisten zerstörten ferner zahlreiche Holzhütten, die von anderen Besetzern auf einem unbebauten Gelände errichtet worden waren.

Der Arbeits- und Sozialminister des Bundesstaates Rio de Janeiro, Carlos Alberto Cao, teilte unterdessen mit, es gebe Überlegungen, den Familien, die am vergangenen Wochenende an die tausend Wohnungen in sechs nicht fertiggestellten Gebäuden besetzt hatten, Grundstükke der Regierung oder der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Der Bau der Gebäude war 1984 wegen finanzieler Schwierigkeiten der Baufirma abgebrochen worden.

am Samstag, den 30. März ab 21 Uhr

IRLAND - SOLIFETE

zum 75. jahrestag des osteraufstandes 1916 in dublin
im SEK, kolbestr./ Ecke scharnweberstr./ U-bahn samariterstr./friedrichsha

es spielt eine musikgruppe. kohle geht an die zwei politischen irischen gefangenen in der brd: gerry hanratty und gerry mcgeough.

Zusammen mit den Menschen in Belfast, Dublin und London wollen wir dieses Jahr an den Osteraufstand 1916 erinnern. Das irische Establishment spielt die Bedeutung des Aufstandes immer noch weitgehend herunter oder verfälscht die geschichtlichen Ereignisse. Dagegen sind dieses Jahr in Irland, sowie in anderen westeuropäischen Städten und Ländern eine Woche lang Aktivitäten und Festlichkeiten geplant. Auch wir hier in Berlin Ost und West wollen in diesem Sinne feiern.

Der Osteraufstand 1916 symbolisiert für viele sozialistische und republikanische Iren und Irinnen die Entschlossenheit gegen die britische Herrschaft und gegen nationale Unterdrückung vorzugehen:
1916 verband sich die revolutionär-nationalistische Geheimorganisation "Irish Republican Brotherhoos" (Patrick Pearse) und die offen militärische Organisation "Irish Volunteers" mit der sozialistischen "Irish Citizen Army" unter James Conolly und seiner Unteroffizierin Constance Markiewicz.Für beide Gruppen schien der Zeitpunkt eines Aufstandes aufgrund des 1. Weltkrieges günstig. Die IRB hatte kurz nach Beginn des imperialistischen Krieges beschlossen, noch während dieses Krieges mit einer Rebellion zu beginnen. Gibt es doch ein altes irisches Sprichwort, wonach "Englands Schwierigkeit Irlands Möglichkeit" sei.
Auch der sozialistische James Conolly schrieb bereits 1915: "Das Signal des Krieges sollte auch das Signal für Rebellion sein..."
Conolly war zunächst unentschieden, ob Sinn Fein-Taktik auf einen S chlag politische und ökonomische Unabhängigkeit bringen würden oder ob die politische Unabhängigkeit ein Sofortziel sein sollte, das alleine angegangen werden müsse. Er entschloß sich für das zweite und so für den Osteraufstand.
So übernahmen die A ufständischen vor 75 Jahren das H auptpostamt in der O-Connel- Street in Dublin und erklärten die Existenz einer unabhängigen Irischen Republik. Leider war eine Schiffsladung mit 20 000 Waffen und Munition aus Deutschland -aufgrund mehrerer unglücklicher Umstände - nie angekommen. Trotzdem riefen sie zu einem unabhängigen irischen Staat auf, mit garantierten religiösen und zivilen Freiheiten, gleichen Rechten und gleichen Möglichkeiten für alle.
Doch der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen, alle führenden Persönlichkeiten hingerichtet. Erst später hatte er Signalwirkung und war der Beginn einer Revolte für irische Unabhängigkeit und Sozialismu

Patrick Pearse, angesichts seiner Niederlage:
"Gut, wenn wir alle ausradiert worden sind, werden uns die Mensche für alles verantwortlich machen, uns verdammen. Aber ohne diesen Protest wäre der 1. Weltkrieg zu Ende gewesen und nichts wäre geta worden. Nach einigen Jahren werden sie die Bedeutung dessen, was w machen wollten, verstehen."

TERMINE

Do. 28. 3. 17.00 Veranstaltung über Zeitschriften der Frauenbewegung (nur für Frauen) im El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1/61

19.00 Info und Diskussionsveranstaltung "Kein Geld für Krieg" (nur für Frauen) im El Locco

21.00 Film "Wie andere Neger auch" (nur für Frauen) im El Locco

Fr. 29.3. 17.00 Infoveranstaltung "Daimler, Sony und die Musikoper- die Umstrukturierung am Potsdamerplatz" im El Locco

19.00 Film "Tod im Morgengrauen" Peru/Venezuela 1977 im El Locco

21.00 Film "Die Sinfonie der Großstadt" im El Locco

Sa. 30.3. 18.00 Kiezküche nur vegetarisch im Arcanoa Zossenerstr. 48, 1/61

17.00 Vortrag und Video "Weltraumforschung" im El Locco

19.00 Video "Berlin Vision" im El Locco

21.00 Diavortrag "Die Kleinbürgerlichkeit des Wohnens" im El Locco

20.00 Palästina Soli-Konzert im Thomas Weissbecker Haus mit Film, Dias Infos und arabisches Essen mit MIX SQUARD (Roots Rock Reggae)

So. 31.3. 17.00 Infoveranstaltung, Vortrag und Dias zur Weltwirtschaft in den 90er Jahren "Die neue Weltkarte" im El Locco

Video "Das Schloss" BRD 1968 im El Locco um 19.00

21.00 Video "Aktionskunst International" im El Locco

Die. 2.4. 19.00 Video "Mainzerstr." im El Locco

21.00 Video "Tagelöhner" mit anschl. Dis. im El Locco

20.00 Männercafe im A-Laden, Rathenower Str.22 1/21

20.30 Video "The Beat of Frances Street" Hausbesetzungen in Canada und Anti-Kriegs-Aktionen in den USA und weitere Infos im Kino im KOB, Potsdamer Str. 157 1/30

Rekrutenzugblockade

Kundgebung: Di. 2. April, 8[00] Uhr

vor dem Hauptbahnhof bzw. eine Stunde vor geplanter Abfahrt. Den genauen Zeitpunkt erfahrt ihr auf dem Ostermarsch oder telefonisch: *Ost* 449 87 55 — *West* 862 13 31

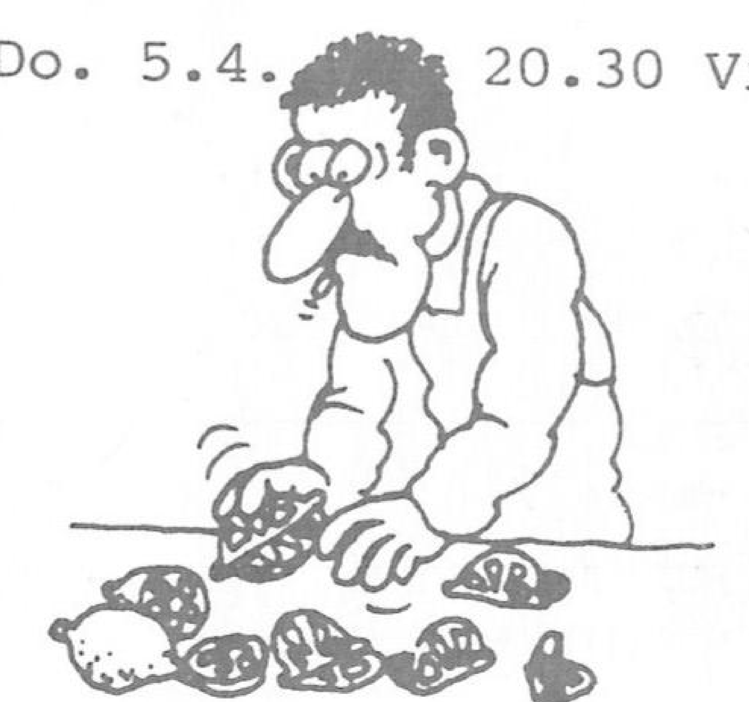
Mit. 3.4. 17.00 Infoveranstaltung und Vortrag mit Dias "Ein Volk-Ein Führer-Kein Erdöl aber Kohle" im El Locco

19.00 Film "Tod im Morgengrauen" im El Locco

21.00 Film "Berlin Die Sinfonie der Großstadt" im El Locco

20.30 Video im Kino im KOB wie am Dienstag s.o.

Do. 5.4. 20.30 Video im Kino im KOB wie am Dienstag s.o.






IDEE-KAFFEE
HH-CE 280